

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Fritz Hellwig

**Europäische Integration aus
historischer Erfahrung**
Ein Zeitzeugengespräch mit
Michael Gehler

Discussion Paper

C129
2004

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-29-5

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>

Fritz Hellwig

Europäische Integration aus historischer Erfahrung.

Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler

Gehler:

Herr Prof. Hellwig, Sie sind am 3. August 1912 in Saarbrücken geboren. In Marburg, Wien und Berlin haben Sie studiert. Promoviert wurden Sie 1933. Dissertationsthema war „Der Kampf um die Saar 1860-1870. Beiträge zur Rheinpolitik Napoléons des Dritten.“ 1936 erfolgte Ihre Habilitation in Heidelberg. Ab 1933 waren Sie schon in der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer in Saarbrücken und somit auch in der deutschen und europäischen Montanwirtschaft tätig. Könnten Sie uns vielleicht als Einstieg sagen, auf welchen familiären Hintergrund Ihr europapolitisches Interesse zurückgeht? Wo lagen die Wurzeln Ihres späteren beruflichen und politischen Handelns?

Hellwig:

Das Schwergewicht meiner Studien lag auf Geschichte in Verbindung mit Ökonomie, weil mich immer das Grenzgebiet Wirtschaftsgeschichte interessierte. Zum anderen aber auch die historische Geographie und Wirtschaftsgeographie und last but not least Philosophie. Ich bin auf dieses Thema gekommen natürlich durch die Erlebnisse in meiner Saarheimat: Mein Elternhaus stand nur 15 Gehminuten von der deutsch-französischen Grenze und dem Schauplatz der Schlacht von Spichern (6. August 1870) entfernt. Die Vorgeschichte des Angriffs auf Saarbrücken beschäftigte

mich schon als Schüler. So interessierte mich im Studium der neueren Geschichte alles, was in der Historiographie von der Kriegsschuldfrage und der Rheinlandpolitik publiziert worden war.

Ich saß als Student im Seminar von Heinrich Ritter von Srbik in Wien. Thema dieses Seminars war: „Probleme des deutschen Nationalgefühls in den Vorstufen Frankfurter Fürstenrat und Ausbruch des Krieges 1866.“ Da ich mich schon ganz intensiv mit den Arbeiten von Hermann Oncken beschäftigt hatte, bekam ich den Eindruck, daß die Rolle der Saar in dieser Entwicklung eigentlich zu kurz gekommen war. Ich habe in einer Sprechstunde gefragt, ob er, Srbik, bereit wäre, mich als Saarländer mit diesem Thema als Doktoranten zu nehmen. Die Antwort lautete: „Für dieses Thema ist mein Kollege in Berlin, Hermann Oncken, zuständig. Ich empfehle Ihnen, gehen Sie nach Berlin, stellen Sie sich vor und sagen Sie, ich hätte Ihnen den Rat gegeben.“ Oncken reagierte sehr interessiert, „das hört sich ja ganz nett an, machen Sie mir mal schriftlich, wie Sie sich das denken.“ Dann habe ich ihm eine Stichwortdisposition des Ganzen geschickt mit Hinweisen auf bisher nicht ausgeschöpfte Quellen. Eine Woche später in der Sprechstunde sagte er: „Das liest sich gut. Ist ja ganz interessant, gehen Sie mal an die Arbeit.“ So bin ich zu diesem Thema gekommen.

Gehler:

Waren Srbik in Wien und Oncken in Berlin prägende Hochschullehrer?

Hellwig:

Durchaus. Man hatte aber sehr schnell gelernt und begriffen, daß es verschiedene Arten gab, dieses Thema anzugehen. Ich hatte vier Semester in Marburg studiert und war im vierten Semester bei Wilhelm Mommsen im Seminar. Dort wurde das Thema „Bismarcks Nationalgefühl an Hand seiner eigenen Aufzeichnungen und der verschiedenen Akten und Dokumente in der Entwicklung vom Fürstenrat bis zum Krieg von 1866“ behandelt. Insofern war für mich das Thema bei Srbik absolut nicht neu.

Die Sensibilisierung war schon vom Elternhaus und den Jahren an der Universität gegeben. Mein Vater war Schulrat im Saargebiet und in seinen Aufsichtsbezirken immer wieder in der Auseinandersetzung mit der franzö-

sischen Bergwerksdirektion gefordert. Der französische Staat wollte über seine Rolle als Arbeitgeber immer wieder den französischen Sprachunterricht für die Bergarbeiterschaft durchsetzen. Es war eine regelrechte Abwehrsituation der deutschen Volksschulen gegenüber den Versuchen der französischen Unterwanderung. Zum anderen war mein Vater in der deutsch-saarländischen Volkspartei. Er gehörte 1919 zu den Gründern der liberalen Volkspartei in dem damals der Völkerbundsverwaltung unterstellten Saargebiet. Aus der liberalen Volkspartei wurde die deutsch-saarländische Volkspartei, die entsprach der deutschen Volkspartei mit Gustav Stresemann und Hans Luther als Exponenten. Wir hatten auch eine Jugendgruppe der deutsch-saarländischen Volkspartei, in der wir regelmäßig die führenden Politiker zu Gast hatten.

Ich muß hier näher auf die Sonderstellung des Saargebiets nach dem Vertrag von Versailles eingehen. Frankreich waren die Saarkohlengruben als Reparationsleistung zur Ausbeutung auf 15 Jahre zugesprochen worden. Aus Teilen der preußischen Rheinprovinz und der bayerischen Rheinpfalz wurde das „Saargebiet“ gebildet und der Verwaltung durch den Völkerbund unterstellt. Die Bevölkerung wurde nicht gefragt. Sie sollte sich erst nach 15 Jahren in einer Volksabstimmung darüber äußern, ob sie das Sonderregime behalten oder ob sie zum Deutschen Reich bzw. zu Frankreich wollte. Die deutsche Haltung der Bevölkerung war eindeutig, über alle Parteilinien hinweg. Die Volksabstimmung fand am 13. Januar 1935 unter Aufsicht der vom Völkerbundsrat eingesetzten Abstimmungskommission statt. Ein überwältigendes Votum für die Rückkehr zum Reich war die Antwort auf die aufgezwungene Sonderexistenz als eine Art Völkerbundsprotektorat. Man hat nach 1945 immer wieder versucht, das Votum von 1935 als ein Bekenntnis zum Nationalsozialismus zu diffamieren. Dabei entsprach es genau der Linie, die die preußische wie die bayerische Regierung seit 1920 erwartet und gefördert hatten.

Die ökonomischen Folgen unserer Sonderexistenz waren besonders nachteilig. Die Saarwirtschaft war auf den ungehinderten Zugang zum deutschen Markt angewiesen. Daher sah der Versailler Vertrag eine Übergangszeit von fünf Jahren bis zur Einbeziehung in das französische Zollgebiet vor. Schon vorher führte Frankreich im Saargebiet die Frankenwäh-

zung ein. Die Krise als Folge der Abschnürung vom deutschen Markt zwang schon 1925 dazu, in einer ganzen Reihe von Sonderabkommen bis zum deutsch-französischen Handelsvertrag die Zollbefreiung der Lieferungen in das Reich zu vereinbaren.

Nachteiliger noch war die Lage zwischen zwei Währungsgebieten. Wir schaukelten zwischen zwei Währungen, erlebten die deutsche Inflation bis 1923, dann anschließend die französische Inflation von 1926/27. Und als 1931 die Devisenzwangswirtschaft kam, der Außenhandel nicht nur durch Zölle und Kontingente sondern durch zusätzliche Zahlungsabkommen reguliert wurde, war die Saarländische Wirtschaft doppelt gestraft.

Die wirtschaftliche Verflechtung mit dem deutschen Absatzmarkt führte dazu, daß die Saar einen Exportüberschuss gegenüber dem Reich hatte. Den Devisenüberschuss steckte dank der Währungshoheit Frankreich ein. In Saarbrücken fehlte es daher an Zahlungsmitteln, weil die Devisenfreigabe in Paris nach anderen Kriterien beurteilt wurde. Hinzu kam noch die zunehmende Aufkündigung von Krediten und Bankeinlagen seitens der Völkerbundsregierung und französischer Kreditgeber, so daß die Saarbrücker Handelskammer der Regierungskommission und den französischen Behörden drohen mußte: „Wir drucken Notgeld“, im Bewußtsein der Rückendeckung durch die Reichsbank, die die Notgeldemission nach der Rückgliederung einlösen sollte.

Solche Vorgänge in den Lehrjahren als junger Volkswirt bei der Handelskammer zu erleben, das hatte natürlich eine prägende Wirkung und ließ die nicht mehr ruhende Frage aufkommen: „Was muß geschehen, um die Grenzen zu überwinden?“

Gehler:

Würden Sie darin schon Wurzeln Ihres späteren europapolitischen Engagements sehen?

Hellwig:

Durchaus, ich habe natürlich in der Zeit vor der Abstimmung als Redner für die Vorbereitung und Erleichterung der wirtschaftlichen Rückgliederung mitgearbeitet. Ich hatte das Saarbrücker Büro der Kölner Saarausstellung geleitet, die im August 1934 eröffnet wurde und ganz wesentlich durch das Interesse der Handelskammer und der Saarländischen Wirtschaft bestimmt war, rechtzeitig durch Ausstellungen auf die wirtschaftliche Rückgliederung hinzuwirken. Ich habe zum 75-jährigen Bestehen der Saarbrücker Handelskammer die Vortragsveranstaltungen zu diesem Anlaß herausgegeben. Selbst habe ich in der Nachmittagsitzung den Vortrag gehalten: „Die grenzwirtschaftliche Aufgabe der Saarbrücker Handelskammer“. Dabei zeigte sich immer wieder das Doppelgesicht der Grenze. Wir haben die Nationalität hart verteidigt und alle Übergriffe abgewehrt, aber als die Entscheidung gefallen war, mußten die wirtschaftlichen Beziehungen nach beiden Seiten wieder vernünftig gestaltet werden.

Die Erwartung wurde auch vom Völkerbundsrat ausgesprochen, der eine Aufrechterhaltung der zollrechtlichen Stellung mit dem Zugang zum deutschen wie dem französischen Markt auch nach der politischen Rückgliederung empfahl. Frankreich war aber nur zu kurzlebigen Regelungen als Übergangsmaßnahmen bereit. Leidtragende waren nicht nur die Saarländische Wirtschaft mit ihren zweiseitigen Bezugs- und Absatzinteressen, sondern auch die lothringische Landwirtschaft und die elsässische Industrie, deren Absatzbeziehungen zum Saargebiet abgeschnitten wurden.

So war das Saargebiet entgegen den Bemühungen des Völkerbundsrats ein Schulbeispiel für die verhängnisvollen Wirkungen der Desintegration in der Weltwirtschaftskrise.

Gehler:

Der französischen Seite wird sicher nach 1945 nicht verborgen geblieben sein, daß Sie als junger Student und habilitierter Wirtschaftsexperte für die Rückgliederung der Saar eingetreten sind. Haben Sie das gespürt mit Blick auf französische Delegierte in der Montanunion und französische Europapolitiker? Hat man Sie das auch spüren lassen?

Hellwig:

Da müssen Sie unterscheiden zwischen den Verantwortungsträgern der französischen Politik in Paris und politischen Abenteurern, die im Saargebiet versuchten, sich ein besonderes „Röckchen“ zu verdienen. Ich habe das, was an der Saar gespielt wurde, bis zu der entscheidenden Abstimmung im Oktober 1955 immer als ein politisches Abenteuer bezeichnet, v.a. die Eigenmächtigkeiten des französischen Militärgouverneurs, der dann Gouverneur wurde, Grandval, Haut Commissaire. Er war ein politischer Abenteurer, er wollte damit große Karriere machen. Er kam damit in Paris, nachdem Robert Schuman und Jean Monnet einen anderen Kurs eingeschlagen hatten, nicht mehr richtig an. Die Franzosen hatten natürlich ihre Helfer im Saargebiet, die argumentierten, die Saar habe ja 1935 für den Nationalsozialismus gestimmt, jetzt wollten sie die Chance ergreifen, das Land selbständig zu machen. Daß das Saargebiet wirtschaftlich überhaupt nicht lebensfähig gewesen wäre und keine ökonomische Autonomie erhielt, sondern sofort eine französisch-saarländische Wirtschafts- und Währungsunion gemacht wurde, das hat man nicht wahrhaben wollen. Ich war aufs engste mit diesen Problemen befaßt. Zunächst war ich „persona non grata“ für die neuen Machthaber. Meine Familie, Frau mit zwei Kindern, wurde im Sommer 1946 aus Saarbrücken ausgewiesen. Formell wurde kein Ausweisungsbefehl erteilt, sie stand aber auf der Ausweisungsliste. Der Oberbürgermeister der Stadt ließ meine Frau zu sich kommen und sagte: „Ihr Mann hat mich immer gut behandelt in der Zeit, wie ich als Zentrums-Redakteur in den dreißiger Jahren bei der Saarbrücker Landeszeitung tätig war, deswegen will ich Ihnen jetzt helfen. Sie bekommen noch die Erlaubnis umzuziehen. Wenn der Befehl vollzogen wird, werden Sie ausgewiesen und können nichts mehr mitnehmen.“ Auf diese Art und Weise wurden die formellen Ausweisungsbefehle umgangen.

Meine Frau zog mit den Kindern zu ihren Eltern nach Düsseldorf, wohin ich mich bei der Repatriierung der Kriegsgefangenen im Sommer 1947 auch entlassen ließ. Eine Rückkehr nach Saarbrücken war nicht ratsam.

Ich muß zwei Dinge hier einflechten zu Saarbrücken: Die Beziehung blieb natürlich äußerst eng. Ich bin mehrfach illegal ins neue Saarland eingereist.

Da war eine Waldbesitzung meines Schwagers, wo die grüne Grenze zwischen Rheinland-Pfalz und dem Saarland lief. Der Jagdhüter hat mich auf Schleichwegen durch den Wald immer ins Saargebiet eingeschleust. In Saarbrücken auf der Straße traf ich im Dezember 1947 einen alten Weggenossen der Saarabstimmungszeit, Heinrich Schneider. Wir waren zusammen in derselben Schule, er war aber wesentlich älter. Schneider war Saarreferent im Preußischen Innenministerium 1933/34 gewesen und meinte: „Du kommst mir wie gerufen, Du mußt Dich mal hier um die Sachen kümmern.“ Ich sagte: „Vorsicht! Wenn’s Dich interessiert, ich bin schon in der Sache drin.“ „Aber was machst Du denn?“ Ich sagte: „Ich kann die Einzelheiten nicht so ganz erzählen“ und berichtete kurz über die Tätigkeit des Stuttgarter Büros für Friedensfragen und unseren dortigen gemeinsamen Bekannten aus der Saarabstimmungszeit. Schneider reagierte sofort mit dem Wunsch, ihn mit Stuttgart in Verbindung zu bringen. Das geschah dann nach Rücksprache mit Gustav Strohm, der letzter Saarreferent im Auswärtigen Amt 1935/36 gewesen war, und lief längere Zeit über das Jagdhaus meines Schwagers im rheinland-pfälzischen Kreis Saarburg.

Im Sommer 1947, als ich aus der Gefangenschaft zurückkam, haben meine Freunde von Eisen und Stahl mich mit offenen Armen empfangen und gesagt: „Gott sei Dank, daß Sie da sind. Wir müssen einen Fachmann haben, der Ruhr, Saar und Lothringen vergleichsweise bearbeiten kann. Ein französischer Demontageplan, der Plan von Hervé Alphand, sieht vor, fünf Millionen Tonnen Stahlkapazität an der Ruhr abzubauen und die Anlagen in Lothringen wieder aufzubauen. Um diesen absurden Plan fachmännisch zu beurteilen und zu zerpfücken, da sind Sie doch der richtige Mann. Sie haben an der Ruhr, in Lothringen und an der Saar gearbeitet.“ Innerhalb von vier Wochen habe ich die große Denkschrift „Lothringen-Stahl statt Ruhr-Stahl?“ für den Wirtschaftsrat in Frankfurt geschrieben, der als Organ der Zweizonen-Verwaltung für die „North German Iron Steel Control“ der legitimierte politische Sprecher war. Während ich noch daran arbeitete, sagte mir der Kollege von der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl: „Hier ist eine Anfrage von Stuttgart an Hermann Reusch, der enge Beziehungen zu Stuttgart hatte. Der Vater, Paul Reusch, lebte ja im Ruhestand in der Nähe von Stuttgart. Dort befand sich inzwischen das deutsche Büro für

Friedensfragen, unter der Leitung von Staatssekretär Fritz Eberhardt, der für den Länderrat der amerikanischen Zone zuständig war. Die fragten an: „Habt ihr nicht einen Experten für die Saar? Wir müssen gegenüber den französischen Ambitionen, der franko-saarländischen Währungs- und Wirtschaftsunion, einen Fachmann haben, der über die wirtschaftlichen Verflechtungen der Saar Bescheid weiß und ein Gutachten für uns machen kann.“ Daraufhin rieten mir die Kollegen in Düsseldorf: „Fahren Sie mal nach Stuttgart.“ Ich komme nach Stuttgart in das Vorzimmer von Eberhardt. Dort traf ich Gustav Strohm, wie gesagt letzter Saarreferent im Auswärtigen Amt 1935/36, den ich natürlich aus dieser Zeit bestens kannte, der sagte: „Mensch Hellwig, wo kommen Sie denn her? Das ist ja großartig. Sie machen das Gutachten: Die wirtschaftlichen Verflechtungen der Saar.“ Daran habe ich bis Jahresende gearbeitet. Ich war bei verschiedenen großen Firmen, die entsprechende Verflechtungsprobleme hatten, z.B. Ruhrgas und RWE mit ihren saarländischen Beteiligungen. Ich kam daher auch illegal ins Saargebiet rein, mit einigen Leuten vom statistischen Amt habe ich dort auch gesprochen. So kam das Gutachten über die wirtschaftlichen Verflechtungen der Saar zustande. In einem Buch von 1954 ist es dann auf den neusten Stand gebracht worden, nachdem ich die Entwicklung der Handelsströme ab 1948 einbezogen habe.

In der Frage der Besetzung von Elsaß-Lothringen gebe ich zu, daß wir noch völlig befangen waren in der Hoffnung, daß die Vorgänge von 1918 korrigiert werden könnten. Ich habe meine Tätigkeit bei der Saarbrücker Handelskammer als Wirtschaftspresseman ja auch dazu benutzt, um die wirtschaftliche Entwicklung im Elsaß und Lothringen zu verfolgen. Ich habe sowohl für die deutsche Zeitschrift für Wirtschaftkunde wie für die Saarwirtschaftszeitung Berichte über die Umstellungsprobleme der Elsässischen Wirtschaft publiziert. Dann folgte noch Anfang der 40er Jahre eine größere Arbeit mit dem Titel: „Die geschichtlichen Wechselbeziehungen der saarländischen und der lothringischen Eisenindustrie.“ Als der Vorsitzende unserer Organisation an der Saar, Hermann Röchling – übrigens ein politischer Freund meines Vaters aus dem Vorstand der deutsch-saarländischen Volkspartei – der Beauftragte für die Stahlindustrie in Lothringen und Meurthe-et-Moselle wurde, hat er mich von Düsseldorf wieder

nach Saarbrücken geholt. Mit den saarländischen Werken zusammen kamen die lothringischen Werke in die Organisation, Bezirksgruppe Süd-West der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie. Röchling hat mich als Geschäftsführer geholt. Ich habe natürlich sofort eine Bestandsaufnahme durchgeführt. Es sind drei hektographierte Bände von mir allein über den Eisenerzbergbau in Lothringen und Meurthe-et-Moselle als Planungsunterlagen für die Neugestaltung der Verwaltung vorgelegt worden. Eine statistische Aufarbeitung über „Bergbau und Hüttenindustrie in Lothringen und Meurthe-et-Moselle“ ist noch erschienen, sowie eine Wirtschaftskunde von Lothringen 1942. Ich habe auch damals Wert darauf gelegt – was gar nicht zu verheimlichen war – Fühlung mit den entsprechenden französischen Stellen zu halten. Ich habe mit dem Service des Mines in der Departmentshauptstadt Nancy, wo die Unterlagen für Meurthe-et-Moselle waren, Verbindung gehabt und Unterlagen für meine Bestandsaufnahme der Eisenerzgruben bekommen.

Mit der Besetzung von Lothringen war die bezirkliche Organisation der Eisenhüttenindustrie, des Comité des Forges, verwaist. Die Werke wurden der Bezirksgruppe Südwest der Wirtschaftsgruppe Eisenindustrie angeschlossen. Ich habe sofort das gesamte Aktenmaterial sichergestellt und an Ruppel, den letzten deutschen Leiter des Bezirksarchivs Metz von 1914-1918, jetzt kommissarischer Leiter der Archive in Lothringen, weitergeleitet. Ruppel war übrigens Studienfreund und Unitas-Bruder von Robert Schuman!

Ich habe Wert darauf gelegt, daß die Akten, die wir vorfanden, sicher gestellt wurden. Schließlich war ich auch noch als Kommissar für den lothringischen Moselseitenkanal eingesetzt worden. In der Handelskammer in Saarbrücken war ich auch für Verkehrsfragen zuständig, vor allem für die Werbung für den Saar-Pfalz-Rhein-Kanal. Ich bin nach Paris gefahren und habe mit den dortigen Administratoren Gespräche geführt. Dieser Kanal war ja ein Gemeinschaftsunternehmen der lothringischen Hüttenwerke. Der Betrieb des Kanals ging nach deutschem Recht auf die Wasserstraßenverwaltung über. Ich habe nur die noch fälligen Schleusengebühren bei den einzelnen Wärtern eingezogen und alles auf ein Sperrguthaben der Pariser Gesellschaft eingezahlt. Damit war der Fall für mich erledigt. Ich bin über-

zeugt, daß die Franzosen, als ich 1959 von Adenauer als deutsches Mitglied der Hohen Behörde nominiert wurde, sehr genau wußten, wer Hellwig war. Und ich hatte absolut keine Probleme. Die französischen Kollegen, Roger Raynaud, christlicher Gewerkschaftsmann aus der Zollverwaltung, und Pierre Olivier Lapie, Sozialist, wußten alles. Der Sozialist hatte engste verwandtschaftliche Beziehungen zur Familie Rothschild. Es war bemerkenswert, daß man mir nichts nachtrug, ja im Gegenteil, meine Wirksamkeit geschätzt hat. Als der französische Vorgänger von Pierre Olivier Lapie starb, Léon Daum, aus der lothringischen Industriellendynastie, der in der Résistance tätig gewesen war, hat die Hohe Behörde mich beauftragt, die Gedenkrede für den Gegner aus der Résistance-Zeit zu halten. Er hat von der Résistance aus beobachtet, was wir in Lothringen mit den dortigen Werken machten. Daß dies für mich eine nicht ganz einfache Sache war, können Sie sich vorstellen. Es waren Tribünen vor der Kathedrale in Nancy aufgebaut, eine große Volksmenge war versammelt. Dort in Französisch die Gedenkrede für den Gegner der Kriegszeit zu halten, war eine Herausforderung.

Gehler:

Wie weit haben die Zwischenkriegszeit und der Krieg die Periode nach 1945 geprägt? Sie haben den Krieg miterlebt, sind 1943 zur Wehrmacht einberufen worden und dann in westalliierte Kriegsgefangenschaft geraten. Welchen Einfluß hatten das Kriegserlebnis und die Kriegsgefangenschaft?

Hellwig:

Nachdem ich einige Monate als Kriegsverwaltungsrat mit eisenindustriellen Fragen in der Wirtschaftsinspektion Mitte der Ostfront beschäftigt war, wurde ich auf Arbeitsurlaub zu dem Beauftragten für die Eisen- und Stahlindustrie der Westgebiete, eben wieder Hermann Röchling, geschickt.

Im Februar 1943 kamen die höheren Stäbe zu der Auffassung, daß es der Kraft der deutschen Wehrmacht wesentlich nützlicher wäre, wenn ich in der Truppe dienen würde. So wurde ich als Panzergrenadier eingezogen. Ich hatte schon 1933 die ersten Übungen auf dem Truppenübungsplatz Dö-

beritz gemacht. So war ich denn im Oktober schließlich zur Verstärkung der Front in Italien.

Am Volturno geriet ich mit meinem Zug in britische Gefangenschaft, wurde aber bald mit einer kleinen Gruppe aus einem Zwischenlager in Algerien nach USA gebracht. Von einem kleinen Zeltlager in Fort Meade aus wurden wir in kleineren Gruppen in ein Vernehmungslager bei Washington D.C. transportiert. Im Zuge der Vernehmungen wurde mir immer wieder die Frage gestellt: „Haben Sie nicht was mit der Kriegswirtschaft zu tun gehabt?“ Da sagte ich: „Ich bin Privatgelehrter, ich habe mich mit Eisen und Stahl als Historiker beschäftigt.“ „Ja, was haben Sie denn da gemacht?“ „Ja ich kann Ihnen Bücher nennen“. „Ja, haben Sie nicht Beziehungen zu der Reichswirtschaftskammer gehabt?“ „Das stimmt.“ „Was geschah denn da?“ „Ja, ich war in dem zentralen Archivausschuß der Reichswirtschaftskammer.“ „Archivausschuß der Wirtschaftskammer, was haben Sie da gemacht?“ „Richtlinien zum Schutz von Kulturgütern gegen amerikanische Luftangriffe.“ Die Vernehmung war zu Ende. Die alte Regel war: die Beantwortung mußte sofort aggressiv sein. Ich habe mehrere derartige Vernehmungen nachher noch über mich ergehen lassen müssen.

Gehler:

Was hatten Sie für Eindrücke in Amerika?

Hellwig:

Ich wurde aufgrund der Dinge, die ich mir geleistet hatte, sehr schnell als „non-cooperative“ in ein Straflager versetzt. Es war Camp Alva, ein „correction camp for non-cooperative people“ in Oklahoma.

Da kam sehr schnell eine ganze Reihe von Akademikern zusammen, wohl-gemerkt in einem Mannschaftslager neben dem Offizierslager. Wir konnten „extension courses“ bei einigen Universitäten belegen. Kollegtexte und dazugehörige Fachliteratur konnten wir über die Lagerverwaltung ausleihen, zum Teil auch über die Kantine kaufen. Der Stoff wurde in Arbeitsgemeinschaften durchgearbeitet.

Im Laufe des Sommers 1945 wurden wir versetzt nach Fort Reno/Oklahoma. Da kam ein sehr intelligenter Oberleutnant, Jerry Speakman,

und sagte, wir müßten „reeducation“-Kurse machen. Amerikanische Staatsbürgerkunde auf Englisch von einem Sergeant aus Texas und englischer Sprachunterricht in Oklahoma. Unsere Leute lachten nur. Uns wurde gesagt: „Liebe Leute, seid vernünftig, Ihr kommt aus dem correction camp, man gibt Euch diese Chance, daß Ihr hier aus dieser Sonderrolle rauskommt. Ich habe den Auftrag, mit Euch reeducation zu betreiben und nun macht mit.“ Da sagte ich ihm: „Sie können diesen Leuten hier nicht einen Sergeant aus Texas, der selbst kein richtiges Englisch spricht, vorsetzen, der Sprachunterricht in Englisch erteilen soll.“ „Ja, was soll ich denn machen, ich muß berichten.“ Ich schlug ihm vor: „Wir führen Lehrveranstaltungen unter dem Gesamthema ‚The American Way of life‘, machen also eine Art von Lagerschule oder Seminarbetrieb, vermeiden aber die Bezeichnung ‚reeducation‘“. Speakman: „Dann machen Sie mal ein Programm!“ Wir haben ihm dann einen Lehrplan vorgelegt mit den Lehrkräften, die uns nach ihrer Vorbildung und den Ergebnissen der „extension courses“ zur Verfügung standen. Ich selbst hatte mir vorbehalten, amerikanisches Volks- und Geistesleben zu behandeln. Daraus wurden sechs größere Vorträge „Main currents in american thought“, die als Material für Lehrveranstaltungen in unseren Zweiglagern vervielfältigt wurden. Der letzte behandelte: „Amerika und Europa – die geistige Begegnung“. Andere Kameraden behandelten Geschichte, Geographie, Wirtschaftsleben, ja auch Architektur, bildende Kunst, Musik u.a.m. in den Vereinigten Staaten. Speakman war begeistert und brachte alles Unterrichtsmaterial – bis zu Schallplatten und Bildern – was wir brauchten.

Es kamen Journalisten aus Oklahoma, sie brachten Bildberichte über den Betrieb im Lager und unseren Unterricht. Speakman mußte alle 14 Tage nach Washington berichten – ich musste ihm diese Berichte machen. Dann kam Speakman auf die Idee, in der benachbarten Stadt Reno in einer kleinen Druckerei Formulare, Vordrucke und Zertifikate drucken zu lassen: „Der Soldat soundso hat teilgenommen mit Erfolg an dem Kursus amerikanische Geschichte, Unterschrift: Speakman, Unterschrift: Hellwig – German Director of Studies“ und der Commander Major hat das dann noch stempeln lassen. Ich habe in den 50er Jahren von alten Kameraden noch eine Fotografie von ihren Zertifikaten gekriegt, die sie schön aufgehoben

und zu Hause bei der Entnazifizierung vorgezeigt haben. Mr. Speakman war dann American Visiting Professor an der Universität von Beirut und schrieb mir im September 1956 aus Österreich: „Ich verlebe hier zwei Monate Ferien im Wienerwald.“ Er hatte inzwischen auch seinen PhD gemacht mit einer Doktorarbeit über die Erfahrungen mit der Reeducation von deutschen Kriegsgefangenen in Kriegsgefangenenlagern in den USA und hatte seitenlang meine zwei Wochen-Berichte benutzt und damit seine Dissertation ausgestattet.

Der Zufall wollte es, daß ich zur gleichen Zeit eine Sitzung der Wirtschaftskommission der Versammlung des Europarats in Wien hatte. Es ging um die Vorlage meines gemeinsam mit dem britischen Kollegen Roy Jenkins ausgearbeiteten Berichts zu dem sogenannten Spaak-Bericht über die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Speakman, jetzt in Zivil, nahm mich auf dem Wiener Westbahnhof in Empfang. Wechselseitige Besuche in Düsseldorf und Cambridge (Harvard) folgten, bis zu seiner Übersiedlung nach Hawaii.

Gehler:

Wir sollten in die Nachkriegszeit vorstoßen: Sie waren von 1951 bis 1959 geschäftsführender Direktor des deutschen Industrieinstituts in Köln gewesen. Welche Aufgaben hatten Sie im Rahmen dieser Tätigkeit zu erfüllen?

Hellwig:

Das deutsche Industrieinstitut geht auf erste Überlegungen im Winter 1943/44 zurück. Man dachte daran, ein Institut für Industrieforschung zu errichten. Mit der Leitung beauftragt hatte man keinen Geringeren als Ludwig Erhard. Auf diese Idee war man 1949 zurückgekommen. Im Herbst 1949 stellten wir fest, daß die Gewerkschaften mit dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut, das sofort seine Tätigkeit aufnehmen konnte, einen erheblichen Vorsprung hatten. Die wirtschaftsstatistische Dokumentation war praktisch ein Monopol, das dieses Institut hatte. Die Zeitungen hatten noch keine volkswirtschaftlichen oder statistischen Abteilungen. Die Banken waren noch in der Entwicklungsphase und hatten so etwas auch noch nicht. Die Bundesbank gab es noch nicht. Die Bank der

deutschen Länder war noch ganz bescheiden ausgestattet. Der Bundestag besaß noch keinen Referenzservice usw. Da haben wir, d.h. mein Freund Franz Etzel vom Wirtschaftsausschuß der CDU und ich, die Idee, wir müssen auf die Idee des Instituts zurückkommen. Es sollte parallel zu dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften nicht polemische, sondern einwandfreie wissenschaftlich anerkannte Arbeit machen. Vorarbeiten für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung hatten wir überhaupt noch nicht. Hinzu kam die publizistische Arbeit zu allem, was zur Wirtschafts- und Sozialpolitik von den Spitzenverbänden gesagt wurde. Die Konstruktion des Instituts war folgende: Mitglieder des e.V. waren die nichteisenindustriellen Verbände der Industrie, und für die eisenindustriellen Verbände war es der Dachverband der Arbeitgeberverbände Gesamtmetall. Im Sommer 1951, also drei Monate nach der Gründung, haben wir Prof. Ernst Schuster als Leiter der sozialwissenschaftlichen Abteilung gewonnen. Schuster war der erste namhafte Theoretiker der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Er hatte in Mannheim und dann in Heidelberg gewirkt, wo er der Nachfolger auf dem Lehrstuhl von Max Weber gewesen war.

Gehler:

Das Institut ist 1951 gegründet worden?

Hellwig:

1951 fing seine Tätigkeit am 1. März unter Otto Mejer an, der zunächst die technische Vorarbeit geleistet hatte, mit dem Büro und seiner Einrichtung. Ich trat am 1. April ein. Mejer hatte den publizistischen Flügel des Instituts unter sich, schied aber schon im November 1952 aus. Von da an war ich alleiniger Direktor und habe die publizistische Abteilung und den Verlag noch ergänzt durch eine weitere Abteilung für Bildungs- und Vortragsarbeit.

Gehler:

Wieweit ist es gelungen, durch dieses Institut Einfluß zu nehmen, auf die bundesdeutsche Europa- und Integrationspolitik?

Hellwig:

Durch unsere Publikationen haben wir in einer großen Zahl von Sonderausarbeitungen zu aktuellen und schwebenden Fragen Stellung genommen. Das Institut hat z.B. die Handelsströme im Montanbereich und die Auswirkungen auf die Devisenbilanz der künftigen Mitglieder eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl untersucht, Arbeitskosten und Lohnniveau u.a.m. Vorausgegangen waren, als es das Institut noch nicht gab, gutachterliche Arbeiten des „Volkswirtschaftlichen Büros Dr. Hellwig“. Schon am 15. Mai 1950, also nur wenige Tage nach der Verkündung des Schumanplans, habe ich für die CDU, den Wirtschaftsausschuss und die Bundestagsfraktion zur Beurteilung des Schumanplans eine Ausarbeitung vorgelegt.

Gehler:

Das wäre meine nächste Frage gewesen. Im „Telegraph Archiv“ steht: „Wenige Tage nach der berühmten Schuman-Rede vom 9. Mai 1950, war Fritz Hellwig schon mit einem Memorandum über die Möglichkeiten eines gemeinsamen Marktes zur Stelle, das für den deutschen Standpunkt bestimmend wurde.“ Was wußte man eigentlich von dieser Initiative, kam sie für die deutsche Seite überraschend, war man vorbereitet und was war eigentlich der spezifisch deutsche Standpunkt?

Hellwig:

Der Winter 1949/50 war durch die Auseinandersetzungen um die Beendigung der Demontage und den Beitritt Deutschlands zum Europarat bestimmt. Ich war Berater der Altgesellschaften, für die ich 1948 die Gesamtdarstellung der Maßnahmen zur Entflechtung der Stahlkonzerne für den Wirtschaftsrat in Frankfurt geschrieben habe. Wir waren bemüht, die Zuständigkeit der Bundesregierung für die Eisen- und Stahlindustrie herbeizuführen.

So kam es zu einem zweitägigen Gespräch mit Erhard und Etzel, um Erhard, der als „Mann der Fertigware“, also des Konsumgütermarktes, galt, die akuten Probleme der Montanindustrie darzulegen. Für den Bundeskanzler wurde eine zusammenfassende Darstellung angefertigt, komprimiert

wie es Adenauer wünschte. Daß er auch längere Schriftsätze, in die man sich einarbeiten mußte, durchstudierte, zeigte sich wieder. Er hat z.B. die berühmte Denkschrift von Schreiber über die dynamische Rente auch von vorne bis hinten durchgearbeitet. Er war ein sorgfältiger Leser, wenn er die Materie für wichtig hielt. Adenauer hat das große politische Ziel der deutsch-französischen Versöhnung zuerst vor Augen gehabt und zum zweiten sollte es über die deutsch-französische Versöhnung auch zu einer politischen Einigung der Beteiligten kommen. Bei der Sechsergemeinschaft stehen zu bleiben, war zunächst noch keine Frage. Er hat aber die Frage des Beitritts von England für verfrüht gehalten. Er war der Auffassung, daß das deutsch-französische Verhältnis noch nicht genügend gefestigt war, um England mit seiner traditionellen Politik des europäischen Gleichgewichts zu ertragen.

Gehler:

Das heißt, Adenauer war prinzipiell offen, hielt aber die Sechsergemeinschaft noch für entwicklungsbedürftig?

Hellwig:

Ja, das zeigte sich an der französischen Politik des leeren Stuhls 1965/66. Das waren seine letzten Lebensjahre. Da war Erhard als Bundeskanzler, das möchte ich gegen alle Lehrmeinungen heute sagen, der rechte Mann.

Gehler:

Inwiefern?

Hellwig:

Er hat bei den Franzosen nicht insistiert, das war seine Linie, er hat die bürokratische Kompetenz der europäischen Institutionen nicht geschätzt. Es kam zu einer Offenhaltung der Widerstände gegen den für die Gemeinschaft damals von Hallstein und Mansholt entwickelten (supranationalen) Kompetenzanspruch. Diesen hat Erhard für nicht so wichtig gehalten. So kam der Dekalog in Luxemburg zustande. Außenminister Gerhard Schröder, der in diesem Fall auf der Linie von Erhard war, hat akzeptiert, daß das

Prinzip der Mehrheitsentscheidungen zurückgestellt wurde. Damit hat Erhard durchaus richtig gelegen.

Gehler:

Gehen wir noch einmal ins Jahr 1950 zurück. Was wußte die deutsche Seite von dieser französischen Initiative des 9. Mai? War man vorinformiert oder kam das überraschend? Für die Briten kam sie überraschend wie ein „fait accompli“.

Hellwig:

Es war ein Meisterstück der französischen Diplomatie, mit dem Schuman-Plan die Engländer aus der Ruhr heraus zu komplimentieren. Das hört ein Franzose heute nicht gerne. Man läßt sich nicht gerne in die Karten schauen. So ganz überraschend kam die Erklärung von Robert Schuman am 9. Mai 1950 nicht. Die beiderseitige Diskussion über die internationale Ruhrkontrolle ließ zwei Überlegungen erkennen: zunächst die Kontrolle nicht einseitig auf die deutsche Montanindustrie zu beschränken, sondern sie auf die westeuropäische Montanindustrie auszudehnen, zum andern sie auf der Ebene der Unternehmungen durch den Austausch von Beteiligungen, also wechselseitige Kapitalverflechtung, zu ergänzen.

Gehler:

Wie wichtig waren vor diesem Hintergrund politischen Kanäle, Berater und Verbindungsleute zwischen Schuman, Adenauer, Bidault usw.? Wie würden Sie die einschätzen, welche Bedeutung hatten die im Vergleich zu diesen Kontakten auf Unternehmens- und Firmenebene?

Hellwig:

Aus späteren Berichten der engsten Mitarbeiter von Jean Monnet wissen wir, daß in diesem Kreis die Diskussion in der deutschen Presse über die Ruhrkontrolle und über deutsch-französische Zusammenarbeit in der Montanindustrie aufmerksam verfolgt wurde, und daß Monnet auch auf deutsche Überlegungen für eine engere Kooperation zwischen den beteiligten Montanunternehmungen hingewiesen wurde. Natürlich hatten vor allem auch deutsche Firmen schon 1947/48 Kontakte in Paris. Daß es dabei auch

zu Ungeschicklichkeiten kam – Mitarbeiter der Vichy-Regierung aus der Besatzungszeit boten ihre Vermittlerdienste an – sei nicht verschwiegen.

Gehler:

Die unmittelbare Vorgeschichte des Schuman-Plans beginnt also in den Jahren 1945/46?

Hellwig:

Das deutsche Büro für Friedensfragen in Stuttgart stand auch in Verbindung mit Düsseldorf, wo das Büro des Ministerpräsidenten Karl Arnold unter der Leitung eines ehemaligen Kollegen von Strohm, Theo Kordt stand, der gleichfalls die französischen und amerikanischen Publikationen verfolgte. Ich weiß nicht mehr, wie eine amerikanische Publikation zur Saarfrage in unsere Hände gelangte, jedenfalls besorgten Kordt und ich die Übersetzung bzw. die Drucklegung. Als Anlage dazu wurde auch der Vorschlag für eine Internationalisierung nicht nur der Kontrolle der Ruhr, sondern auch der weiteren Montanindustrie in Westeuropa veröffentlicht, der sogenannte Arnold-Plan. Wir wußten von Gesprächen und ersten Fühlungsnahmen zwischen deutschen und französischen Industriellen hinsichtlich europäischer Kooperationsmöglichkeiten. Da gab es eine Konferenz in Bernkastel, einem Moselstädtchen. Da war von deutscher Seite Günter Henle beteiligt. Ich arbeitete in dieser Phase mit Henle eng zusammen und hatte mein Büro in dem halb zerstörten Privathaus von Henle. Ich hatte den Auftrag, für die Altgesellschaften die Denkschrift über die Entflechtungsmaßnahmen zu entwerfen. Das erfolgte in Reaktion auf meine Denkschrift über „Lothringer Stahl statt Ruhrstahl?“ So habe ich die Denk- bzw. die Verteidigungsschrift der Altgesellschaften geschrieben. Henle, Carlo Schmid und andere hatten eine Zusammenkunft mit französischen Industriellen. Diese war von Richard Merton und einigen Politikern betrieben worden, die auch bei dem ersten Europakongreß im Haag dabei waren, an dem auch Adenauer teilgenommen hatte. Die sagten mir: „Können Sie nicht einmal einige Gedanken über deutsch-französische Industriezusammenarbeit zu Papier bringen?“ So habe ich damals das Papier gemacht und dabei vor allem gesagt: Es bedarf zwar einer behördlichen Kontrolle, aber einer internationalen Kontrolle statt der Ruhrbehörde. Es braucht allerdings

auch den Austausch von Kapitalbeteiligungen, so daß jede Gruppe auf jeder Seite weiß, was auf der anderen Seite geschieht. Dies seien die besten Maßnahmen, um die Eisen- und Stahlindustrieverfügung im Montanbereich davor zu bewahren, erneut in für den Frieden gefährdende Abenteuer hineingezogen zu werden.

Gehler:

Da Sie das Finanzkapital angesprochen haben, die Bankiers. Welche Rolle hatte Robert Pferdmenges in diesem Prozeß gespielt?

Hellwig:

Er war zweifellos an dieser Vermittlung interessiert. Er war ja zuerst nicht im Bundestag und rückte auf der Landesliste nach, weil ein von den Vertriebenen beanspruchtes Mandat durch Todesfall wenige Wochen nach Konstituierung des Bundestages frei wurde. Pferdmenges kam in den Bundestag. Die publizistische Begleitmusik lautete: Jetzt ist das kapitalistische Gesicht der CDU offen gelegt. Bei der ersten Pressekonferenz entwaffnete er die Journalisten. Auf die peinliche Frage: „Herr Pferdmenges, gestatten Sie: Was würden Sie machen, wenn Sie eine Million hätten?“ Antwort: „Dann würde ich mich einschränken.“ Schallendes Gelächter, und von da an wußten die Journalisten, mit wem sie es zu tun hatten. Er hat auch Adenauer gelegentlich die Meinung gesagt.

Gehler:

Der Weg zum Schuman-Plan war also ein komplexer, verschiedene Akteure waren beteiligt...

Hellwig:

Wie der Schuman-Plan im Einzelnen aussehen würde – gemeinsame Kontrolle ja – davon hatte man im Mai 1950 noch keine Vorstellung. Man hatte aber deutscherseits eine Vorstellung, die ungemütlich war, nämlich die Planwirtschaft in Frankreich von Jean Monnet, Monnet-Plan I und Monnet-Plan II. Deswegen hat man auch von Anfang an die Beteiligung weiterer Länder, der Benelux-Länder und Italien, begrüßt. Hätte es nur eine deutsch-französische Zweier-Union gegeben, wäre das Übergewicht der Economie

du Plan, der „planification“, zu groß gewesen, zumal es auf deutscher Seite ja noch die besatzungsrechtlichen Planungsbehörden der Ruhrkontrolle gab. So kam es zur Offenhaltung der Entscheidung zwischen den beiden Konzeptionen, was man unter einem gemeinsamem Markt verstand. Ich habe das später einmal ausgedrückt als die Kontroverse zwischen Wettbewerbsmarkt und einem Markt vereinheitlichter Preise. Das war Anfang der 70er Jahre. Ich hatte vorher schon in Kiel beim Institut für Weltwirtschaft einen Vortrag zum Thema „Die politische Tragweite der Wirtschaftsintegration“ gehalten und herausgearbeitet, was leider von der deutschen Diskussion in der Regel nie richtig vertieft worden ist, nämlich daß hier zwei Konzeptionen gegeneinander standen. Der „marché unique“ mit vereinheitlichten, von der Kommission festgesetzten Preisen war das Modell für die Landwirtschaft. In der Montanunion wurde das Modell nur einmal praktiziert: für den Schrottmarkt, aber mit wenig ermutigendem Erfolg. Daß die Konzeption des Marktes mit einheitlichen Wettbewerbsregeln ohne Beschränkung des Handelsverkehrs durchgesetzt wurde, war auch schon ein Erfolg der Verhandlungen für den Montanvertrag. Ohne die Mitwirkung der Benelux-Länder wäre das nicht erreicht worden.

Gehler:

Haben die Deutschen mehr darauf gedrängt, daß die Benelux-Staaten beteiligt sein sollten als die Franzosen?

Hellwig:

Das kann ich nicht so sagen, denn an den Verhandlungen in dieser Phase war ich eigentlich nur Beobachter. Ich habe die Finger gehoben, Warnungen ausgesprochen und mit der Vorlage von Stellungnahmen und Diskussionsbeiträgen mitgemischt. Immer wieder habe ich versucht, den Einfluß in die richtige Richtung zu lenken, vor allem aber auch in Übereinstimmung mit Etzel.

Gehler:

1953 gab es bei der Hohen Behörde einen Empfang . Dort hat Jean Monnet Karl Arnold angeblich als den „Vater der Montanunion“ bezeichnet. Ar-

nold war der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Würden Sie dieses Urteil auch so unterschreiben?

Hellwig:

Ich habe den Arnold-Plan in unserer Veröffentlichung von 1949 schon erwähnt. Im übrigen: Der Erfolg hat viele Väter.

Gehler:

Wer war Ihrer Ansicht nach politisch ausschlaggebend und entscheidend dafür, daß der Schuman-Plan durch den Vertrag von 1951 Realität wurde? Welchen Einfluß hatten die Amerikaner?

Hellwig:

Mehrere Einflüsse kamen zusammen. Frankreich sah die Möglichkeit, England von der Ruhr wegzubekommen. Zweitens sah es ein, daß die Produktionsbeschränkungen gegen die Deutschen nicht ewig sein konnten und eine Regelung des Konkurrenzverhältnisses mit der mächtiger werdenden deutschen Stahlindustrie notwendig war, aber auch der Zugang zur Ruhrkohle zu gleichartigen Bedingungen gesichert werden müsse. Das war das französische Interesse. Das deutsche Interesse war: Weg vom Besatzungsrecht und die nationale Souveränität wiedererlangen. Daher auch die berühmte Szene auf dem Petersberg, als Jean Monnet sich für die gleichberechtigte Position der Bundesrepublik gegen den Anspruch der Engländer einsetzte. Der dritte im Bund: die Amerikaner. Der Stahlmangel fing an, spürbar zu werden: Hintergrund war der Koreakrieg. Daher die Förderung der deutschen Produktionskapazität und die Sprengung der Produktionsbeschränkungen, die bis dahin die alliierte Kontrolle der deutschen Stahlindustrie auferlegt hatte. Das waren die drei entscheidenden Faktoren. Für Frankreich kam noch die außenpolitische Situation hinzu. Frankreich war zunehmend isoliert. Sie drohten auch ihr letztes Faustpfand, die Saar zu verlieren. Darf ich wieder auf die eigene Rolle kommen? Frankreich stand davor, die franko-saarländischen Konventionen unter Dach und Fach zu bringen. Robert Schuman kam als französischer Außenminister nach Bonn zu einem Antrittsbesuch bei Adenauer am 13. Januar 1950, Jahrestag der Saarabstimmung von 1935. Am gleichen Tag hatte ich die Führer der deut-

schen Saaropposition ins Bundeskanzleramt eingeladen. Vormittags saßen die deutschen Oppositionsführer der Saar Richard Becker, Dr. Heinrich Schneider usw. mit mir und Gustav Stroh im Bundeskanzleramt. Wir haben dann vor allem alle Informationen von der Saar bekommen zur Beurteilung dieser Konventionen, die Herbert Blankenhorn – Blankenhorn wurde laufend von Stroh unterrichtet – im briefing für Adenauer ausarbeitete. Adenauer wurde am Abend nach dem fröhlichen Begrüßungssessen von Blankenhorn über alle diese Dinge unterrichtet. Am nächsten Tag fand Schuman, als er dann auf die Konvention zu sprechen kam, einen völlig frostigen, ablehnenden Adenauer vor. Das war eine dermaßen schockartige Enttäuschung, daß er merkte, so geht's mit der Bundesregierung nicht. Das war der berühmte 13. Januar 1950.

Gehler:

Professor Hellwig, der 9. Mai 1950 ist ein historisches Datum, heute „Europa Tag“ der „EU“. Wie haben Sie diesen 9. Mai ganz persönlich erlebt?

Hellwig:

Für einige Vertreter Frankreichs, mit denen wir in Demontagefragen zu tun hatten, war die Erklärung von Robert Schuman eine kalte Dusche. Man war aber bei Begegnungen im Ministerrat oder in verschiedenen Kommissionen immer von einer ausgesprochenen diplomatischen Freundlichkeit, wie überhaupt einige der Herren, mit denen man später im europäischen Dienst zusammenkam, nicht mehr daran erinnert werden wollten, welche waghalsigen Pläne sie hinsichtlich Reparationen und Demontage ursprünglich gehabt haben. Aber es ist gut, daß die europäische Entwicklung das alles nicht nur überrollt, sondern in ein neues Fahrwasser gebracht hat. Ja, 9. Mai 1950, ich fühlte mich zusammen mit einigen Herren, die auch an der deutsch-französischen Zusammenarbeit interessiert waren, bestätigt. Wir hatten gewisse Zweifel gegenüber Jean Monnet, weil wir befürchteten, daß, um den zweiten Monnet-Plan zu einem Erfolg zu machen, jetzt eine neue Konstruktion kommen sollte. Eine etwas oberflächliche Betrachtung kam zum Ergebnis, der Monnet-Plan ziele auf eine Vergrößerung der französischen Stahlkapazität, für die man den deutschen Markt öffnen wollte. Das schien uns einer der Hintergründe von Monnet zu sein. Daß Monnet wei-

terdachte und seinem Minister Schuman sagte, man dürfe die Fehler von 1921/22/23 nicht mehr wiederholen, das haben wir erst später erfahren. Allerdings hatte man schon beim ersten Auftritt von Monnet bei der Eröffnung der Verhandlungen für den Schuman-Plan den Eindruck, daß es ihm um mehr ging, als etwa nur um eine ökonomische Zielsetzung, einen Absatz für die französische Stahlindustrie zu finden. Im Grunde war diese Planung ja sogar eine Reaktion auf die amerikanische Forderung, daß die Stahlkapazität Europas stärker in den Dienst der weltweiten Auseinandersetzungen, Korea-Krieg und so weiter, gestellt werden müßte, was Jean Monnet natürlich wußte, so daß die reine Markterweiterungsidee eigentlich in den Hintergrund trat. Das französische Problem sah so aus: Wenn die Amerikaner schon die deutsche Stahlproduktion auf volle Touren bringen wollen, wie sichern wir uns gegen dieses Übergewicht, das dann unter Umständen auch ein militärisches Potential werden kann? Daher kam auch die Überlegung ins Spiel, uns in eine gemeinsame Organisation zu bringen, damit jeder von dem anderen wußte, was er tat und keiner mehr seine Stahlindustrie einseitig für Rüstungszwecke ausnutzen konnte.

Gehler:

Nochmal zum deutschen Standpunkt: Wie sah der eigentlich aus?

Hellwig:

Der deutsche Standpunkt bestand im Wunsch nach einem Ende der montanindustriellen Kontrolle durch die Besatzungsmächte, zweitens in einem Stopp der Demontagen, auch da, wo noch irgendwelche Restabtransporte liefen. Es gab noch einige letzte Aktionen. Es hat z.B. erheblichen, massiven Widerstand der Arbeiter gegen die Fortsetzung der Demontage im Bochumer Verein gegeben. Der deutsche Direktor des Bochumer Vereins, Müser, der an der Spitze der Arbeiter gewisse Maschinen verteidigte, wurde aufgrund dieser großen Verdienste 1953 in den Bundestag gewählt, obwohl der Wahlkreis ansonsten völlig in der Hand der SPD war. Das dritte Interesse war die Gleichberechtigung. Das ist ja auch von Monnet sofort richtig verstanden und auch bei den Alliierten durchgesetzt worden. Das vierte Interesse war natürlich die deutsch-französische Zusammenarbeit hinsichtlich gemeinsamer Kontrolle der beteiligten Industriereviere und in

diesem Zusammenhang fünftens natürlich auch die Einbeziehung der Saar in ein solches Kontrollsystem, womit das Saarproblem bezüglich der Verfügung über Kohle und Stahl entschärft war, was in der französischen Politik noch eine erhebliche Rolle spielte.

Gehler:

Das sind eine ganze Menge von Interessen. Die Ankündigung des EGKS-Projekts erfolgte am 9. Mai, unterschrieben wurde der Montanvertrag im April 1951. Die Verhandlungen haben sich in die Länge gezogen. Was war aus Ihrer Sicht als damaliger Beobachter dieser Verhandlungen der Grund dafür, daß sich diese Verhandlungen doch hingezogen haben?

Hellwig:

Internationale Verhandlungen dieser Art, in der zunächst zwei, aber dann noch vier andere Interessierte beteiligt waren, gehen nicht so im Hau-Ruck-Verfahren. Ich brauche ja nur auf Koalitionsverhandlungen zu verweisen, denen längst nicht eine solche politische Bedeutung und Tragweite zukommt wie den Verhandlungen zum Montanvertrag. Es dauerte zunächst eine gewisse Zeit, bis die politisch verantwortlichen Spitzen auch ihre eigene Gefolgschaft für den Plan erwärmt hatten. Sowohl Schuman, im französischen Kabinett, Monnet natürlich ebenso, als auch Adenauer und die CDU mußten erhebliche Überzeugungsarbeit leisten, weil die deutsche Seite, vor allem, wo es sich um die betroffene Montanindustrie handelte, zunächst von jeher skeptisch war und fragte, ob die Kontrollmechanismen und die Ziele, die Industrie niedrig zu halten, in einer anderen Verpackung jetzt international noch mal sanktioniert werden sollten. Dieses Mißtrauen mußte zuerst abgebaut werden. Daß hier ein ganz erhebliches politisches Mißtrauen war, zeigte die Haltung der SPD. Die SPD sagte: „Das ist das Ende der Wiedervereinigung. Das führt uns von der Wiedervereinigung weg.“ Sie hatte dafür auch einen politisch-ideologischen Untergrund in ihrer Argumentation, die gar nicht so abwegig war: es sei auch im Grunde genommen nicht eine gesamtdeutsche Interessenssache, sondern es gehe eher um den katholisch geprägten Westen. Das sei das Europa von Karl dem Großen. Das war die polemische Formulierung, die von dieser Seite kam. Die FDP war zwar in der Koalitionsregierung, mußte aber zunächst

auch einige Überzeugungsarbeit leisten. Dann kam die Frage nach der Zusammensetzung der deutschen Delegation. Wer soll sie leiten? Da mußten personelle Vorschläge überprüft werden, bis man auf Hallstein kam. Die Industrie war der Meinung, daß sie eigentlich in die Verhandlungsdelegation gehörte. Das wären ja ihre Interessen. Genau das hat Adenauer abgelehnt. Adenauer wollte nicht die interessierten Unternehmungen und Verbände in der Verhandlungsdelegation haben, was ein Präjudiz gegenüber der französischen Seite war, denn die französische Seite ist auch nicht von ihrem „Comité des forges“ vertreten gewesen. Es waren daher auch seitens der Industrie eine Reihe von Vorbesprechungen notwendig, um sich darüber klar zu werden, wie die Sache zu beurteilen sei. Machen wir mit? Wie machen wir mit? Was sind die Forderungen, wenn wir mitmachen? Innerhalb der eigenen Fraktion, der CDU-CSU in der Regierung, waren auch erhebliche Zweifel und Widerstände. Ich brauche Ihnen nur den Namen von Ludwig Erhard zu nennen. Erhard sagte: „Ja, Monnet, das ist Planwirtschaft. Und wenn wir die alliierten Kontrollen los werden, dann wollen wir eine marktwirtschaftliche Betätigungsmöglichkeit der Industrie haben und nicht eine Ausdehnung des französischen Modells der Planwirtschaft.“ Es dauerte lange, bis man Erhard überzeugt hatte.

Gehler:

Es sind ja noch andere Partner dabei gewesen, die Belgier, Luxemburger, Niederländer und Italiener. Hatte man nicht den Eindruck, daß es zunächst bei dieser Ankündigung von Schuman nur um Deutschland und Frankreich ging und sich das Sechsermodell erst im Laufe der Zeit entwickelt hat? Wie sehen Sie das und welche Rolle haben eigentlich Benelux und Italiener in den Verhandlungen gespielt? Waren sie nur Juniorpartner?

Hellwig:

Sie waren zweifellos Juniorpartner. Im Laufe der Verhandlungen stellte sich aber heraus, daß erst durch diese Gruppe wichtige Elemente in das gesamte System hinein kamen, die das befürchtete Übergewicht der Planung, der „économie planifiée“, korrigierten. Denn Belgien, die Niederlande und Luxemburg waren an einer liberalen Stahlwirtschaftsordnung auch für Europa außerordentlich interessiert, denn sie hatten ja in ihren Kapazitäten

derartige Überschüsse, daß sie kein Kartell der beiden Großen zulassen konnten. Bei den Italienern waren zwei Überlegungen im Spiel: Erstens neigten sie dazu, etwas mißtrauisch zu sein. Sie wollten dabei sein. Sie hatten ein Interesse, unter dem Schutz einer solchen europäischen Gemeinschaft auch eine eigene Stahlindustrie aufzubauen. Sie haben nämlich dann innerhalb der Montanunion u.a. mit Hilfe der EGKS in Tarent ein Werk aufgebaut. Ich habe selbst mit einigen italienischen Ministern den Grundstein gelegt im Sommer 1960.

Gehler:

Im Mai 1950, im gleichen Jahr, als der Schuman-Plan angekündigt wird, kommt im Oktober der Plan von René Pleven. Hier wird eine europäische Armee vorgeschlagen und das geschieht ja parallel zu den EGKS-Verhandlungen. Über den Schuman-Plan ist bereits die Diskussion über eine Europaarmee im Gange, d.h. im Klartext deutsche Wiederbewaffnung. Wie weit hat man gehofft, daß durch die Montanunion ein Katalysator entsteht, um diesen Europaarmee-Gedanken voran zu treiben?

Hellwig:

Sie müssen den institutionellen Aufbau der Montanunion sehen. Dieser ist so gehalten worden, daß dieses System der Zusammenarbeit auch auf weiteren Gebieten der Politik und der Wirtschaft Anwendung finden konnte. Die Amerikaner verlangten den deutschen Verteidigungsbeitrag, nicht nur Material, sondern auch die deutsche Wiederbewaffnung. Die Franzosen waren dagegen. Adenauer sah sehr früh diese Chance, aber auch die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die französischen Zweifel und stellte daher die Überlegung an, daß eine deutsche Wiederbewaffnung nur im Rahmen einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit deutschen Kontingenten bewerkstelligt werden konnte. Das bedeutete, daß der Mangel der Montanunion mit ihrer Teilintegration auf einem Sektor sofort die Frage aufwarf, ob man nicht über diesen Sektor hinausgehen und in welchem politischen Rahmen das geschehen müsse. Parallel zu der Idee einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) von René Pleven griff das frisch gewählte Montanparlament die Überlegung auf. Es startete eine Initiative, indem eine Ad-hoc-Versammlung mit dem Auftrag gebildet wurde,

nun über die Teilintegration hinaus das Konzept einer europäischen politischen Gemeinschaft (EPG) zu entwerfen. Die institutionelle Planung der Montanunion finden Sie wieder in den institutionellen Elementen der EPG. Den Vorsitz dieser Ad hoc-Versammlung hatte Heinrich von Brentano inne. Sie sehen also, welches deutsche Interesse hier vorhanden war, aber auch welche Anerkennung die EGKS-Partnerländer im Parlament der Montanunion für den deutschen Beitrag schon hatten. Die Ablehnung des Vertrages der EVG im August 1954 – ich war selbst in Straßburg beim Europarat – war zunächst ein furchtbarer Rückschlag. Es kam eine deprimierte Stimmung auf. Ich erinnere mich noch der leidenschaftlichen Rede von Eugen Gerstenmaier in der Versammlung des Europarats, als er die Kollegen gegen den Rückfall in nationale Alleingänge aufrief und immer wieder die Formel zitierte: „Résistez, résistez, résistez! Leistet Widerstand in Euren Parlamenten usw. gegen diese Entwicklung!“ Da war es ja nun England, das auch an der EVG durchaus interessiert war, während es bei der Montanunion Zurückhaltung übte. Und es kam dann der Vorschlag von Anthony Eden, man sollte doch die Deutschen einladen, in die NATO einzutreten.

Gehler:

Der 30. August 1954 wird heute mit Blick auf die sicherheitspolitische Agonie Europas und auf die Dominanz der NATO und den verzweifelten Versuchen, eine europäische Verteidigungsidentität aufzubauen, als eine fundamentale Weichenstellung gesehen – hat man den 30. August in dieser epochalen und integrationspolitisch präjudizierenden Folge gesehen? Wie haben Sie den 30. August erlebt?

Hellwig:

Da waren zunächst die Entwicklungen in Osteuropa mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien und der Korea Krieg im Hintergrund und aus dieser Überlegung heraus wurde die Notwendigkeit der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gesehen, die von Anfang an im Konzept von Pleven nicht als Konkurrenz gegenüber der NATO, sondern als eine Regionalgruppe innerhalb der NATO gedacht war. Der bescheidene politische Rahmen für das, was nun vom Beitritt der Bundesrepublik Deutschland in

die NATO als regionale Gruppierung von der ehemaligen EVG-Idee noch übrig blieb, war die Westeuropäische Union – ein wunderbares Wort. Also ich habe auch ein paar Jahre in der Parlamentarierversammlung der Westeuropäischen Union gesessen. Dort fand nichts weiter statt als der Austausch von Informationen. Irgendwelche Initiativen für die Politik und zur Rolle, die die beteiligten europäischen Länder innerhalb der NATO zu spielen hätten, kamen zu meiner Zeit nicht von dort, sondern man trieb gewissermaßen nur eine Art Meinungspflege.

Gehler:

Wenn man sich den Schuman-Plan ansieht, als Sie gesagt haben, Monnet hat die Gleichberechtigung Westdeutschlands rasch konzidiert und die parallel laufenden Debatten über diese Europaarmee betrachtet, so enthält das EVG-Konzept, was auch von deutscher Seite so empfunden wurde, klar diskriminierende Punkte. Da ist ein Qualitätsunterschied vorhanden. Wie erklären Sie sich diese zeitgleich bestehende Diskrepanz?

Hellwig:

Sie müssen bedenken, daß eine Wiederbewaffnung Deutschlands von einem ganz anderen politischen Gewicht sein mußte. Insbesondere war damit eine Korrektur der bis dahin gegenüber Deutschland betriebenen Politik verbunden. Man darf auch nicht vergessen, daß die Gründungsabsicht der NATO gegen Deutschland gerichtet war.

Gehler:

Ich hätte das für den Pakt von Dünkirchen 1947 und für den Brüsseler Pakt von 1948 noch so gesehen. Bei der NATO von April 1949 wäre ich mir nicht so sicher gewesen.

Hellwig:

Da ist aber auch noch die Feindstaatklausel enthalten gewesen. Mit der Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO war 1955 ja eine 180-gradige Kehrtwendung gemacht worden. Daß die nicht mit Kling, Klang und Gloria den deutschen Verteidigungsbeitrag als gleichberechtigt aufnahmen, das kann man ja nun verstehen. Insofern ist also Montanunion völlig harmlos

gegenüber der Wiederbewaffnung gewesen. Das gehört auch noch zur Beantwortung Ihrer Frage, warum das mit den Verhandlungen für den EGKS-Vertrag so lange gedauert hat. Weil das ja noch dazu kam: ab Oktober 1950 gab es den Plevin-Plan. Damit waren die ausgesprochenen und nicht ausgesprochenen Vorbehalte in Deutschland gegenüber dem Montanvertrag noch stärker geworden. Adenauer legte allergrößten Wert darauf, den Montanvertrag unter Dach und Fach zu bringen. Daß das gehen würde, war ihm ziemlich sicher. Aber der deutsche Verteidigungsbeitrag stieß doch auf viel stärkere Widerstände und das erklärt auch seine Politik hinsichtlich der Behandlung der Gewerkschaften in dieser Zeit. Die Übernahme der Montanmitbestimmung aus dem Besatzungsrecht in deutsches Recht war der Kaufpreis, mit dem er die Gewerkschaften a) für die Montanunion und b) für den Verteidigungsbeitrag gewonnen hat.

Gehler:

Wenn man sich die Diskussion um die EVG im Jahre 1953/54 ansieht, der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauser hat im „Deutschen Handelsblatt“ vom 23. Juli 2002 formuliert: „Schon 1954 scheiterte die europäische Verteidigungsgemeinschaft, die nach dem Muster der EGKS mit supranationaler Hoher Behörde und gemeinsamem Haushalt ausgestattet war, an der nationalen Prioritätensetzung Frankreichs. Schon da war klar, daß der Weg des nationalen Souveränitätstransfers auf Europa am Ende war, noch ehe er recht begonnen hatte.“ Würden Sie dieses Urteil so auch unterschreiben?

Hellwig:

Das Urteil mag aus deutscher Sicht vertretbar sein. Aus französischer Sicht lagen die Dinge komplizierter und die Motive, die zur französischen Haltung im August 1954 führten, sind auf deutscher Seite nach meiner Erinnerung nicht sofort richtig gesehen worden. Sie sind aber dann in den Verhandlungen über die europäische Wirtschaftsgemeinschaft stärker beachtet worden. Den Ausschlag für die geschäftsordnungsmäßige Ablehnung des EVG-Vertrags durch die Nationalversammlung – er ist ja gar nicht mehr beraten bzw. abgelehnt worden, sondern ist von der Tagesordnung abgesetzt worden – haben die Berichte zweier Ausschüsse der Assemblée gegeben, die zu dem Ergebnis kamen, daß die Europäische Verteidigungsge-

meinschaft im Rahmen auch einer weiteren Integrierung der Märkte gesehen werden müsse – ich brauche nur das Stichwort Rüstungsindustrie zu nennen. Die weitere Integrierung der Märkte und die Sorge, daß die französische Wirtschaft noch nicht stark genug gerüstet sei, um innerhalb eines größeren Wirtschaftsraums ohne besondere Schutzmaßnahmen auszukommen, waren ausschlaggebend dafür. Da gab es den Bericht vor allem einer Arbeitsgruppe, einer Kommission der Nationalversammlung, die mit dem Namen von André Philip verbunden ist. André Philip, französischer Sozialistenführer, durchaus ein Freund und Partisan der weitergehenden Integration, aber seine Kommission kam zu diesem Ergebnis, die französische Wirtschaft sei noch nicht kräftig genug, um in einer größeren Gemeinschaft ohne besondere Schutzmaßnahmen überleben zu können. Das war der ökonomische, soziale und fiskalische Hintergrund. Es ging immer wieder um die Belastung der französischen Wirtschaft mit fiskalischen und sozialen Lasten, ein Gesichtspunkt, der ja dann in der letzten Verhandlungsphase des EWG-Vertrags eine beinahe noch kritischere Rolle spielte. Der Vertrag stand auf der Kippe, weil die Franzosen sagten: „Wir haben die stärkere fiskalische und soziale Belastung. Mit der können wir nicht in die EWG hinein gehen, ohne daß man uns einen entsprechenden Schutz gewährt.“ Es ist wenig bekannt, auf welchem Wege Guy Mollet, Ministerpräsident, schließlich doch dafür gewonnen wurde, den Vertrag zu akzeptieren. Es ist ein Detail. Wir haben uns in der Versammlung des Europarats ja auch mit dieser Problematik beschäftigt. Ich war Berichterstatter mit Roy Jenkins, und wir sagten, der französische Vorbehalt ist ein Fehlschluß, resultierend aus der Verfälschung der Wechselkurse. Diese Auffassung wurde bekräftigt durch Bertil Ohlin, schwedisches Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und Sachverständiger für die Internationale Labour-Organisation. Er hat für die Internationale Labour-Organisation einen Bericht über die fiskalischen und sozialen Probleme bei der europäischen Integration der Märkte erstattet und klipp und klar gesagt: „Die französische Mehrbelastung als Handicap im Wettbewerb im Gemeinsamen Markt ist die Folge der Überbewertung des französischen Franken.“ Frankreich muß abwerten, dann ist dieser Vorbehalt weg. Ich habe solche Rechnungen in dem damals von mir geleiteten Institut durchführen lassen. Wenn man die

Verdienste der französischen Arbeiter mit denen in anderen Ländern verglichen, mußte man den Lebenshaltungskostenindex heranziehen. So hatte Ohlin schon gesagt, daß sich die tatsächliche Belastung daraus ergibt, wenn man die Lebenshaltungskostenindizes im internationalen Vergleich als Grundlage der Wechselkurse nimmt. Der Bericht von Ohlin hat seine Wirkung bei Mollet nicht verfehlt. Es ist bisher auch nicht beachtet worden, weil nicht bekannt war, daß in den kritischen Wochen Ohlin, der mit Mollet befreundet war, als Gast bei ihm war. Ich bin erst dahintergekommen, als ein wissenschaftliches Kolloquium zu Ehren für den verstorbenen Generalsekretär Emil Noël stattfand. Die Tochter Noël brachte ein Fotoalbum mit und zeigte Fotografien. Eines zeigte Ohlin als Gast bei Mollet im entscheidenden Monat Oktober 1956. Der Kabinettschef von Mollet war dabei und bestätigte das. Durch das Fotoalbum der Tochter Noël fiel es mir wie Schuppen von den Augen, daß der Ohlin-Bericht tatsächlich einen großen Einfluß bei Mollet hatte. Der hat die Sachlage ökonomisch genau richtig gesehen. Adenauer ist wegen dieser Klippe mit Karl Carstens nach Paris gefahren. Auf französischer Seite war Pierre Uri mitbeteiligt. Sie haben dann eine Sonderregelung für Frankreich in den Vertrag gebracht bis zur Bereinigung dieses Handicaps. Bei höheren Sozial- und Fiskallasten kann Frankreich ein Jahr lang noch mit Exportsubventionen weiter arbeiten. Von dieser Ausnahmeklausel brauchte Frankreich jedoch überhaupt nicht mehr Gebrauch zu machen, weil die inzwischen zur Regierung gekommenen Gaullisten mit der Autorität von de Gaulle auch die Frankenabwertung durchführen konnten. Bis dahin hatte aus Prestige Gründen keine französische Regierung den Mut gehabt, den Franc abzuwerten. In zwei Abschnitten ist der französische Franken abgewertet worden und de Gaulle hat mit seiner Autorität die zweite Stufe der Frankenabwertung im Dezember 1958 durchgeführt, so daß die erste Zollsenkung am 1. Januar 1959 Platz greifen konnte. Wenn also über de Gaulle und seine Einstellung zur europäischen Integration gesagt wird, er war doch immer ein Gegner, dann sage ich: de Gaulle hatte Autorität, Mut und eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren des gemeinsamen Marktes überhaupt geschaffen, indem er die Frankenabwertung durchsetzte.

Gehler:

Eine interessante These. Sie haben ein ganz interessantes Detail erzählt mit dem Fotoalbum, also mit dem Bild zur Politikgeschichte. Noch einmal zurück in das Jahr 1954. Man spricht ja in der Historiographie von der „relance européenne“. Wie weit war der Schock des 30. August 1954 maßgeblich für Messina und Venedig? Wäre diese Wiederaufnahme der Integrationsbestrebungen auch ohne den Rückschlag mit der EVG gekommen, daß man sich über einen gemeinsamen Markt und eine Atomgemeinschaft geeinigt hätte? Wie sehen Sie diesen Zusammenhang?

Hellwig:

Die Mängel der sektoralen Integration (Montanunion) traten schon bald in Erscheinung, z.B. im sogenannten Steuerstreit, als es um die Beschwerden der deutschen Seite mit der mehrstufigen Umsatzsteuer gegenüber dem Mehrwertsteuersystem in Frankreich ging. Auf einem weiteren Feld konnte die Montanunion nicht allein agieren: In der Energiewirtschaftspolitik. Um die Sicherheit der Versorgung auf lange Sicht zu klären, setzte die Hohe Behörde einen Sachverständigen Sonderausschuß ein, dessen Bericht schließlich als eine Vorstufe zu der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) angesehen werden kann. Die These von Robert Schuman, dass man Europa nicht in einem Akt schaffen könne, sondern in einer Folge von vielen einzelnen Schritten, wurde mehrfach bestätigt.

Gehler:

Sie haben vorher schon externe Faktoren wie den Koreakrieg im Kontext des Schuman-Plans genannt. Welche Rolle hat die Suez-Krise im Jahre 1956 für die Entstehung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gespielt?

Hellwig:

Sie brauchen doch nur die Koinzidenz zu sehen, Guy Mollet zunächst mit seinen Vorbehalten, Adenauers Kompromißbereitschaft mit dieser Formel und das französische Debakel in der Suez-Krise. Es war eine große außenpolitische Niederlage, die auf die Schwäche Frankreichs hinwies, da blieb

der französischen Regierung nichts anderes übrig, als auf einem anderen Felde einen Erfolg zu präsentieren.

Gehler:

Wie würden Sie in den 50er Jahren in der Formationsphase der EWG die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika beurteilen?

Hellwig:

Die Amerikaner sympathisierten damit sehr. Sie haben immer wieder die Forderung gestellt, die Integration müsse als Zielsetzung die politische Einigung betreiben. Sie waren nicht zufrieden mit der Teilintegration und hatten bei Kohle und Stahl immer den Verdacht, daß es sich um eine Neuauflage der internationalen Rohstahlgemeinschaft, also der europäischen Stahlkartelle der Vorkriegszeit, handeln würde. Ich habe den Besuch von Johnson als Vizepräsident in Luxemburg erlebt, der Einfluß nahm auf die Harmonisierung der Zölle und Senkung des Zollniveaus. Er hob immer wieder den Finger mit dem Hinweis: Ihr steht in Amerika im Verdacht, daß ihr doch ein großes europäisches Stahlkartell seid. Der Vorsitzende einer großen US-Metallarbeitergewerkschaft kam mit ganz massiven Drohungen uns besuchen und hat mir gesagt: „Ihr seid doch ein Kartell der Kapitalisten, ihr werdet bald den Widerstand der amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften haben, wenn ihr auch nur eine Spur von Kartellpolitik betreibt.“ Die Herren haben sich ziemlich massiv geäußert. Die Amerikaner waren aber sehr daran interessiert, die Montanunion, also die Hohe Behörde, von Anfang an zu einem Erfolg zu machen und ihr eine positive Resonanz bei der Industrie zu verschaffen, indem sie die Überlegungen von Monnet stützten, daß die Montanunion dem Wiederaufbau der europäischen Stahlindustrie durch ihre Anleihepolitik unterstützen sollte. Die Amerikaner waren von Anfang an Feuer und Flamme, die Montanunion dem amerikanischen Kapitalmarkt zu öffnen. Es hat dann eine ganze Reihe von Anleihen gegeben, ich habe im Sommer 1961 für die Hohe Behörde wieder eine 35 Millionen-Anleihe verhandelt. Ich habe John McCloy besucht. Es gehörte sich, wenn wir in USA waren, daß wir sonntags McCloy besuchten und den Leiter der Außenwirtschaftlichen Abteilung im State Department,

um in Washington bei den interessierten Gesprächspartnern vorzusprechen und sie wieder zu unterrichten.

Gehler:

Sie haben zunächst das sehr starke politische Interesse der USA am kerneuropäischen Integrationsprozeß betont. Es gab ja schon das GATT. Hat sich mit dem EWG-Konzept das amerikanische wirtschaftliche Interesse am kerneuropäischen Integrationsprozeß verstärkt? Entstanden daraus auch Spannungen, weil die Amerikaner ja interessiert daran waren, daß sie nicht ausgeschlossen werden würden von diesen Märkten?

Hellwig:

Die Amerikaner haben natürlich, was GATT angeht, immer darauf geachtet, daß wir mit den Regeln von GATT in Übereinstimmung blieben. Die USA versuchten, das GATT zu beeinflussen, in Richtung Abbau von Handelsbeschränkungen, mengenmäßiger Beschränkungen und vor allem Zollsensenkungen herbeizuführen. Da hatten sie die volle Unterstützung von EWG und Montanunion. In der Kennedy-Runde hat Jean Rey, damals Außenhandelskommissar in der Kommission Hallstein, eine ganz wesentliche Rolle gespielt, auch die europäischen Partner innerhalb der EWG und in der Montanunion zu einer aktiveren Beteiligung in der Kennedy-Runde zu verpflichten. Die eigentliche Auseinandersetzung war ja schon vorher gelaufen, nämlich die Frage, auf welchem Niveau denn die Zölle der EWG festgelegt werden sollten.

Gehler:

Die Zeit der 50er Jahre ist auch die Zeit des Kalten Krieges. Wie weit hat die Ost-West-Konfrontation die Formationsphase der kerneuropäischen Integration beeinflußt?

Hellwig:

Sie hat sie zweifellos begünstigt. Wir haben wiederholt rückblickend gesagt, wenn bestimmte Krisensituationen in der EWG eintraten, fehlt der Druck des „Integrators“ von außen. Der Integrator von außen, das war 1956 die Sowjetunion, das war genauso gut 1951/52 die internationale Spannung

aufgrund des Korea-Krieges. In der Krise 1965/66 hat der Druck eines Integrators von außen gefehlt.

Gehler:

Es gibt die These, wonach durch Stalins Tod 1953 und die Diadochen-Kämpfe, in dieser Phase der „semi détente“ zwischen 1953 und 1955 die Notwendigkeit nicht mehr so stark empfunden wurde, den kerneuropäischen Integrationsprozeß zu forcieren. Vor diesem Hintergrund sei der 30. August 1954 wie auch das magere Ergebnis von Messina zu sehen. Würden Sie dieser Interpretation zustimmen?

Hellwig:

Ich würde das Ergebnis von Messina nicht „mager“ nennen. Das war in dieser Situation ein ungeheurer Schritt, wenn Sie nämlich auch mal sehen, was auf Messina folgte, nämlich der EWG-Vertrag. Natürlich erfolgten in Messina nur Absichtserklärungen, aber Europa geschieht nicht in einem Wurf, sondern mit einer Reihenfolge von nacheinander folgenden Schritten. Betrachten Sie die Behutsamkeit des Römischen Vertrages mit einer Übergangszeit von 12 Jahren und der Aufteilung der Zollsenkungen in drei Phasen, jeweils vier Jahre. Hinzukam, daß diese EWG nachher auch mit der Unterstützung der Mitgliedsregierungen, die inzwischen merkten, welche Vorteile der größere gemeinsame Markt brachte, bereit war, die Übergangszeit sogar zu verkürzen und die Zollsenkungen vorzuziehen. Wir waren ja mit der letzten Zollsenkung schon anderthalb Jahre vor dem Vertragsdatum fertig. Also, Sie können das nicht als „mager“ bezeichnen. Ich habe wieder bei der Jubelveranstaltung „50 Jahre Montanunion“ in Brüssel Romano Prodi vor versammeltem Auditorium auf die Frage: „Was ziehen Sie denn für Schlussfolgerungen aus Ihren Erfahrungen?“ geantwortet: „Überstürzt die Erweiterung der Gemeinschaft nicht. Bedenken Sie, daß die sechs Ur-Mitgliedsländer sich eine Übergangszeit von zwölf Jahren bewilligt haben. Ihre Wirtschafts- und Sozialstruktur hatte schon eine gewisse Übereinstimmung, was für die jetzigen Beitrittskandidaten nicht gesagt werden kann. Dann könnt Ihr denen nicht weniger an Übergangszeiten und -möglichkeiten geben.“

Gehler:

Sie verzeihen, wenn ich kritisch frage. Das provoziert ja auch erfrischende Antworten. Sie waren von 1959 bis 1967 im Rahmen der Montanunion als Mitglied der Hohen Behörde tätig. Schuman-Plan und Römische Verträge im Vergleich: Wenn man die Struktur der Montanunion mit jener der EWG vergleicht, so sticht der Supranationalitätsunterschied ins Auge. Die Hohe Behörde hatte seinerzeit – wenigstens in der Theorie – ungleich mehr Eingriffs- und Durchgriffsmöglichkeiten als dann die Kommission. Wie ist, aus Ihrer historischen Sicht, dieser partielle Verlust an Vergemeinschaftungspolitik in den wenigen Jahren von 1951/52 bis 1957/58 erklärbar?

Hellwig:

Da kommen mehrere Dinge zusammen. Erstens war die sogenannte supranationale Befugnis der Hohen Behörde ja nur die logische Konsequenz der Tatsache, daß es sich sowohl bei Kohle wie bei Stahl um weitgehend reglementierte Märkte handelte und Wirtschaftszweige, die zum Teil verstaatlicht waren, zum Teil einer quasi staatlichen Direktive (Direktionsprinzip) unterstanden. Zum anderen war der Inhalt des Begriffs „supranational“ überhaupt nicht näher definiert. Im Montanvertrag finden Sie ihn nicht definiert. Sie finden das Wort nur ein einziges Mal in der Erklärung von Robert Schuman. Und Robert Schuman hat auch später rückblickend in seinen gelegentlichen Aufzeichnungen und Reden immer gewarnt vor einem Mißbrauch dieses nicht näher exakt definierten Begriffs „supranational“. Ich selbst habe mal in einem Vortrag gesagt: „Amateurvölkerrechtler gebrauchen gerne den Begriff supranational, ohne klar zu machen, was damit eigentlich bestimmt ist. Supranational bedeutet nichts anderes, als daß das Entscheidungsorgan auch entscheidende Beschlüsse fassen kann ohne die Einstimmigkeit. Das supranationale Prinzip war der Verzicht auf die Einstimmigkeit.“ Und damit ist es kurz definiert. Nun stand 1952-54 zur Diskussion, daß das gesamte institutionelle Modell auf den Gesamtbereich der Wirtschaft ausgedehnt wurde und darin verschiedene Elemente der Wirtschaftsordnung miteinander vereint wurden. In der Landwirtschaft ist ja das supranationale Prinzip von Anfang an sehr viel stärker ausgeprägt gewesen als beispielsweise mit der Preisüberwachung durch die Hohe Be-

hörde. Aber es war nicht die Kommission alleine, sondern auch die Verwaltungsausschüsse spielten eine Rolle. Da erfolgte auch eine Verschiebung der Verwaltungskompetenz. Die Kommission in Brüssel hatte nicht jene Exekutivkompetenz für den Gesamtbereich des Vertrages, so wie die Hohe Behörde sie hatte. Die Hohe Behörde war das Exekutivorgan. Der Ministerrat kam in einer späteren Phase der Verhandlungen überhaupt erst auf holländisches Betreiben und mit Unterstützung des deutschen Wirtschaftsministeriums hinein. Staatssekretär Westrick hat sich immer gerühmt, daß er den Ministerrat als zusätzliches Organ in das Vertragsgerüst hineingebracht habe. Aber der Ministerrat war nur zu informieren. Nur im Artikel 95: „Nicht vorhergesehene Fälle und kleine Revisionen usw.“ war das Mitentscheidungsrecht des Ministerrates im Montanvertrag. Selbst im berühmten Artikel 37, mit dem wir als Hohe Behörde nachher regiert haben, war der Ministerrat nur zu informieren. Ich habe einmal einen Vortrag gehalten: „Die supranationalen Vollmachten der Hohen Behörde am Beispiel der Anwendung im Fall der Kohle- und Stahlkrisen.“ Darin habe ich gesagt: „Den Krisenartikel haben wir gar nicht angewandt.“ Und als er angewandt werden sollte, handelte es sich um die Krise im belgischen Kohlenbergbau. Da wäre der Ministerrat mit eingeschaltet gewesen, weil ein System von Produktionsquoten angestrebt wurde. So hat später Etienne Davignon von der Quotenregelung für die Stahlindustrie Gebrauch gemacht. Als man Anfang 1959 zu Gunsten der belgischen Kohlenwirtschaft Produktionsquoten einführen wollte, stand der Artikel über die manifeste Krise erstmals zur Diskussion. Wenn die Hohe Behörde „die manifeste Krise“ erklärt, kann ein Quotensystem eingeführt werden, was aber der Zustimmung durch den Ministerrat bedarf. Das ist von Frankreich und Deutschland 1959 abgelehnt worden. Damit war die erstmalige und einmalige Möglichkeit zur Anwendung der supranationalen Kompetenz vom Tisch. Dann haben wir aber, um die Sanierung des belgischen Kohlenmarktes in geordnete Bahnen zu bringen, Artikel 37 angewandt. Damit war die Hohe Behörde Herr des Verfahrens. Und ich habe später scherzhaft gesagt: „Der ganze Montanvertrag ist überflüssig, wir arbeiten nur mit zwei Artikeln, mit Artikel 37 und mit Artikel 94/95.“

Gehler:

Sie haben bei Ihrem Vortrag im Stahlzentrum in Düsseldorf anlässlich der Tagung „50 Jahre EGKS“ und auch in dem Fernsehinterview, was einen Tag später ausgestrahlt wurde, gesagt: „Das war keine Gemeinschaft der Heiligen.“ Das fand ich sehr bemerkenswert. Was wollten Sie damit eigentlich sagen? Wollten Sie auf Supranationalitätsansprüche und die Realität verweisen?

Hellwig:

Die Mitglieder der Hohen Behörde wurden zwar auf Vorschlag der Regierungen der Mitgliedsstaaten ernannt. Es war unterstellt, daß sie damit frei von wirtschaftlichen, persönlichen und nationalen Interessen waren. Aber in manchen Entscheidungen der Hohen Behörde finden Sie auch nationale Interessen, die mitspielen. Es gab auch politische Rücksichtnahmen. Daß wir für Italien trotz der problematischen Frage der Stahlkapazitäten bereit waren, die Gründung des Stahlwerks in Tarent zu akzeptieren und dafür auch Anleihemittel vermittelt haben, lag daran, daß wir auf das grundsätzliche italienische Problem des Mezzogiorno Rücksicht genommen haben. Also solche Dinge spielten eine Rolle. Politische Rücksichtnahme lag auch der Isolierung des belgischen Kohlemarktes zugrunde. Er wurde in der Krise nicht ungeschützt der freien Konkurrenz von französischer und deutscher Kohle überlassen, sondern eine mengenmäßige Beschränkung der Kohlenlieferungen nach Belgien für viele Jahre nach Art. 37 angeordnet, verbunden mit den Auflagen zur geordneten Stilllegung überalterter Zechen.

Gehler:

50 Jahre Montanunion: Wie würde Ihre Bilanz ausfallen, gemessen an den zeitgenössischen Intentionen? Wie würden Sie rückblickend die EGKS integrationspolitisch beurteilen?

Hellwig:

Es gab einen idealistischen Überschwang, in dem das begonnen hatte. Dann ist man sehr bald auf den Boden der Tatsachen gekommen. Für die Hohe Behörde speziell hat es ein Schlüsselerlebnis gegeben, durch das sie sehr schnell von dem hohen Ross herunter kam. Jean Monnet hatte das et-

was gepflegt, hofgehalten in einem wunderschönen, landwirtschaftlichen Herrenhaus am Stadtrand von Luxemburg, das ihm von der luxemburgischen Regierung zur Verfügung gestellt worden war. Er hatte wohl recht, daß die Montanunion nicht wie eine routinemäßige Veranstaltung von diplomatischen Konferenzen lief, sondern eben doch etwas Besonderes war. Das gehörte für ihn dazu. Aber das Schlüsselerlebnis, durch das man auf den Boden der Tatsachen zurückgeworfen wurde, war nach meinem Eindruck im Rückblick mit dem Wahlerfolg der deutschen CDU gegeben. Konrad Adenauer hatte im Sommer 1957 die absolute Mehrheit mit der CDU errungen, nicht nur nach Sitzen, sondern auch mit Stimmen. Einen Tag nach der Wahl hat die Ruhrkohle ihre Kohlenpreise erhöht, ohne eine vorherige Fühlungnahme mit der Hohen Behörde, mit Etzel oder mit dem Wirtschaftsministerium. Da hat sich die Hohe Behörde düpiert gefühlt. Etzel und Erhard sind mit den leitenden Herren der Ruhrkohle zusammengekommen, aber sie hatten keine Handhabe. Auch wirtschaftspolitisch war in dem Fall ein Eingreifen nicht mehr ohne weiteres möglich gewesen. Das war für die Hohe Behörde ein Schuß vor den Bug: Sie hatte nicht die gesamte Macht.

Gehler:

Das würden Sie als einen Bruch, als ein Negativerlebnis sehen. Wie würden Sie, nocheinmal gefragt, Bilanz ziehen, wenn Sie gebeten werden, dies zu tun?

Hellwig:

Die Hohe Behörde, also die EGKS, hat über das zunächst als starr empfundene Gerüst des Montanvertrages, einen im Ganzen liberalen Zug durchgesetzt. Das ging nicht immer ohne Weiteres. Sie hat auch den von der internationalen Entwicklung erzwungenen Strukturwandel zu größeren Betriebseinheiten und zu einer intensiveren Verbundwirtschaft nicht aufgehoben, sondern das trotz der erheblichen Widerstände durchgezogen, die von Fall zu Fall immer wieder auftraten. Sie hat auch die nötige Elastizität nach außen gehabt. Sie hat ja nicht die Vereinheitlichung, sondern die Harmonisierung der Stahlzölle durchgeführt. Sie hat die Miteinbeziehung der Stahlzölle in die Kennedyrunde (GATT) voll bejaht. Sie hat im Gegensatz zu

den Befürchtungen der nicht beteiligten Länder den Verkehr mit Drittländern immer offen gehalten. Beispiel: Die Eisenbahntarif-Abkommen mit der Schweiz und Österreich, die Beteiligung wie auch die Befragung bei Veränderungen in den Stahlzöllen. Sie hat alle Versuche gemacht, die Engländer durch ein Assoziationsabkommen zu beteiligen. Es gab hier den Assoziationsrat. Ich selbst habe, da ich für die Arbeitsgruppe Kohle- und Stahlmarkt zuständig war, von Ende 1959 an bis zu meinem Übertritt nach Brüssel 1967, immer dem Assoziationsrat angehört. Für den Bereich Energie war Lapie zuständig, während auf der englischen Seite häufig die Gesprächspartner wechselten. Die Kontinuität war nicht auf der Ebene der Kabinettsmitglieder, sondern bei den beiden Körperschaften, dem National Steelboard und National Coalboard gegeben. Deren Leiter waren eigentlich die geborenen Gesprächspartner. Das ist bei Problemen im Stahlmarkt und den Zöllen usw. immer sehr fruchtbar gewesen.

Gehler:

Noch eine Frage zur Integrationstheorie. Ist es richtig, wenn man sagt, daß durch den Wechsel von der Hohen Behörde auf eine Kommission – allein schon der Name ist etwas anderes, eine „Haute Autorité“ und eine „Commission“ – die Methode Monnet verwässert wurde.

Hellwig:

Ich muß nochmals darauf zurückkommen, daß Kohle- und Stahlmarkt eine ganz andere Struktur aufwies als der Marktbegriff für die Gesamtwirtschaft. Wie viele Gesprächspartner hatten sie in der Wirtschaft bei Kohle und Stahl? Vergleichen Sie das mit der Gesamtwirtschaft! Ich glaube schon, daß es richtig war. Aber ich muß zurückkommen auf das Thema Kompetenz der Hohen Behörde einerseits, die Exekutivkompetenzen hatte, und nur im Fall der „manifesten Krise“ mit dem Ministerrat kooperieren mußte, aber andererseits selbst die Regelungen durchzuführen hatte, während es im EWG-System die Kompetenz der Kommission praktisch nur für die Wettbewerbsregeln gab. Hans von der Groeben hat in der Ausführung der Verordnung 78 damals wirklich entscheidend arbeiten müssen, um sicher zu stellen, daß die Kompetenz für die Handhabung der Wettbewerbsregeln ausschließlich bei der Kommission blieb. Man wollte ihr ein bera-

tendes Gremium, bestehend aus den Kartellbehörden der EWG-Mitglieder, zur Seite stellen. Bei der Landwirtschaft war schon die Verschiebung des Gewichtes von der ausschließlichen Kompetenz der Kommission zu einem Mehr an Mitwirkung der Mitgliedsländer vollzogen worden, indem zwar die Kommission die Preise festsetzt, aber immer nach Vorberatung in einem Verwaltungsausschuß. Diese Verwaltungsausschüsse bestehen aus Vertretern der nationalen Verwaltungen. Damit ist eine gemischte Kompetenzaufteilung herbeigeführt worden, die dann auf allen möglichen anderen Gebieten, wo die Gemeinschaft zuständig wurde, fortgesetzt wurde. Da kam es zu jener zu Recht vielgeschmähten, aber in mancher Hinsicht auch zu Unrecht kritisierten Ausschußbürokratie innerhalb des gesamten institutionellen Aufbaus. Mein leider früh verstorbener Mitarbeiter aus meinem Kabinett, der Jurist Christoph Sasse, hat den Bericht über die Ausschußbürokratie in der Gemeinschaft geschrieben. Dieser ist auch als Buch veröffentlicht.

Gehler:

Herr Professor Hellwig, eine Frage zum Spannungsfeld Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und deutsche Wiedervereinigung. Wie weit ist dieses Spannungsfeld von den Akteuren und Beobachtern als Problem wahrgenommen worden?

Hellwig:

Erstens, indem der innerdeutsche Handel, der Interzonenhandel, nicht unter die Außenhandelskompetenz der Kommission, also der Gemeinschaft fiel. Das war ein ganz entscheidender Punkt. Zum zweiten, daß für alle Maßnahmen, die gegenüber Drittländern auf dem Gebiete der Zölle und der mengenmäßigen Beschränkungen usw. erfolgten, immer die Formel gegen Länder und Gebiete mit Staatshandel beibehalten wurde, womit immer die DDR gemeint war. Die DDR ist nicht als Zollausland zur EWG behandelt worden.

Gehler:

Im Grunde war die DDR Teil des Gemeinsamen Marktes.

Hellwig:

Ja, sie war der indirekte Profiteuer, sie war indirekt mit dem Gemeinsamen Markt verbunden.

Gehler:

Politisch gesehen, abgesehen von diesen interessanten handels-, wirtschafts- und zollpolitischen Aspekten, vollzog sich die Spaltung Deutschlands weiter. Wie weit war den Akteuren, den Gestaltern dieses westeuropäischen Formationsprozesses, bewußt, daß genau diese Entwicklung möglicherweise die deutsche Teilung präjudizieren, ja sogar festschreiben würde?

Hellwig:

Ich habe diese Thematik behandelt bei einer Veranstaltung der Ranke-Gesellschaft über Deutschland in den westlichen und östlichen Integrationen. Darin habe ich ausgeführt, daß der deutsche Vorbehalt von allen Beteiligten anerkannt wurde. Erstens in der Behandlung des Interzonenhandels, der nicht als Außenhandel qualifiziert wurde. Zweitens in dem Vorbehalt mit Blick auf die Wiedervereinigung, und drittens hinsichtlich der Geltung auch auf Berlin. Westberlin war in dem Vertrag einbezogen. Diese drei Gesichtspunkte sind eigentlich immer unbestritten geblieben. Es hat nur manchmal von den Holländern Kritik im Europäischen Parlament gegenüber den Agrareinfuhren aus der DDR gegeben.

Gehler:

Noch eine Frage zu diesem Komplex: Wie weit hat die Frage der deutschen Teilung, die Tatsache, daß die Westeuropäer es bei der Integration nur mit Westdeutschland zu tun hatten, den Integrationsprozeß erleichtert, ohne daß man das offen ausgesprochen hat?

Hellwig:

Ich glaube, daß außer dem Komplex, den ich hier eben vorbrachte, also der Agrareinfuhr, das eigentlich keine Rolle spielte. Nach meiner Erinnerung hat es nicht zu ernstzunehmenden Vorbehalten geführt. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß etwa die Exportsubventionierung kritisiert wurde, die in

einzelnen Fällen mit einzelnen Bürgschaften usw. bei der Ausfuhr in die DDR stattgefunden hat. Aber das lag ja außerhalb der Außenhandelskompetenz. Die Beschränkungen des Exportes in die DDR resultierten viel mehr aus der Devisensituation der DDR als aus dem Konkurrenzneid der anderen EWG-Länder.

Gehler:

Ich wollte auf die politische Dimension dieser Frage anspielen. De Gaulle wurde einmal gefragt nach seinem Verhältnis zur deutschen Frage und er hat durchblicken lassen, am liebsten hätte er mehrere Deutschlands und kein großes.

Hellwig:

Das ist ein oft zitiertes Wort, das zu Unrecht de Gaulle zugeschrieben wird. Es geht auf André François-Poncet zurück, einst Botschafter Frankreichs in Berlin, nach 1945 Hoher Kommissar in Bonn. Ihm wird die Formulierung zugeschrieben: „Ich liebe Deutschland so sehr, es kann gar nicht genug davon geben.“ Das Wunschbild von den mehreren Deutschländern begegnet uns aber schon in der Kriegsziel-Literatur im Ersten Weltkrieg und in der darauf folgenden Rheinlandpolitik (Jacques Bainville, Maurice Barrès).

Gehler:

Herr Prof. Hellwig, ich möchte die Zeit noch nutzen, um in die 60er Jahre vorzustoßen, die Sie ja aktiv miterlebt haben. Wir haben schon de Gaulle erwähnt, er war die beherrschende Figur der Europapolitik der 60er Jahre. Die deutsch-französische Verständigung erfuhr einen ihrer Höhepunkte im Jahr 1963. Wenn man sich die Interessen de Gaulles und Adenauers betrachtet, wie würden Sie diesen deutsch-französischen Vertrag, den Elysée-Vertrag 1963, im integrationspolitischen Kontext bewerten?

Hellwig:

Er war aus einer gewissen Not heraus geboren. Frankreich war auf's Äußerste verschnupft durch die Intensivierung der amerikanisch-englischen Beziehungen, durch das Abkommen von Nassau ohne Beteiligung Frankreichs. Gegenüber dieser Verstärkung der englischen Position mit dem Hin-

tergrund USA hat de Gaulle auf die alte EWG gesetzt und auf eine stärkere deutsch-französische Zusammenarbeit auch im Bereich Landesverteidigung, zumal die ersten deutsch-französischen Einheiten damals entwickelt wurden. Adenauer hat diese Chance gesehen. Er war hinsichtlich der Beteiligung von England immer skeptisch, weil er sagte, die Engländer mit ihrem europäischen Gleichgewicht wollen doch nur alles in der Schwebelage halten. Wir, d.h. die Hohe Behörde und die Kommission, haben eigentlich unsere Aufgabe darin gesehen, Frankreich wieder an den Tisch zu bringen. Daher haben wir auch dem Luxemburger Kompromiß hinsichtlich der Verschiebung der Einstimmigkeitsregel zugestimmt, aber nachher den Kontakt mit England sehr intensiv gepflegt. Das habe ich im Assoziationsrat noch mit betrieben. Als ich 1967 nach Brüssel kam, haben wir im Herbst den entscheidenden Durchbruch auf dem Gebiet der europäischen Forschungspolitik herbeigeführt. Unser Programm für die europäische Forschungspolitik führte über EURATOM hinaus auch unter Einbeziehung von Großbritannien. Es wird wenig beachtet, daß für die Entwicklung der Kompetenzen auf dem Gebiet der allgemeinen Forschungspolitik seit Oktober 1967 in allen Gremien die Beteiligung von Großbritannien schon erfolgt war.

Gehler:

Sie haben auf den Luxemburger Kompromiß und diese schwebende Krise der Politik des „leeren Stuhls“ von de Gaulle im Jahr 1965 hingewiesen. Was konkret hatte diese Krise und der dann folgende Luxemburger Kompromiß für Konsequenzen für die Rolle der Kommission?

Hellwig:

Ich muß zuerst noch den Hintergrund der Krise berühren. Die Beratungen über dieses Paket Agrarpolitik, Agrarmarkt, Haushaltsrecht und Haushaltskompetenzen der Kommission waren nach meinem Eindruck – ich habe das damals schon von Luxemburg aus gesagt – ein Versuch, die Franzosen zu überspielen. Die Kommission schnürte diese Vorlagen als Paket, weil sie annahm, den Franzosen ist die Agrarpolitik so wichtig, daß sie auch die Haushaltskompetenzen der Kommission schlucken werden. Man kann von den Franzosen vieles bekommen, aber wenn sie den Eindruck haben, daß man sie für dumm verkauft, dann sind sie in ihrem Ehrgeiz gepackt. Hier

ist die psychologische Seite vernachlässigt worden. Die Art, mit der man Frankreich gegenüber aufgetreten ist, war ungeschickt gewesen. Es gehört im Verhältnis zu Frankreich immer wieder sehr viel mehr Psychologie dazu. Daß wir schließlich Frankreichs Zustimmung zur Eröffnung der Verhandlungen mit Großbritannien im Herbst 1969 erreichten, war die geschickte psychologische Rolle, die Churchills Schwiegersohn Sir Christopher Soames als englischer Botschafter in Paris gemeinsam mit Georges Pompidou spielte.

Gehler:

Noch einmal zur Frage, welche Konsequenzen der Luxemburger Kompromiß für die Kommission und ihre Kompetenzen hatte.

Hellwig:

Die Stellung der Kommission nach Bereinigung der Luxemburger Krise war gefestigter und mit ihrer Neubesetzung war das Verhältnis zu Frankreich konstruktiver geworden. Man darf ja heute sagen: Walter Hallstein hatte als Präsident der Kommission zunehmend die Kritik auf französischer Seite, insbesondere bei de Gaulle, hervorgerufen. Man nahm ihm besonders übel, dass er gelegentlich den Präsidenten der Kommission mit einem Chef einer europäischen Gesamregierung verglich. Hinzu kam, dass nach der langen Amtszeit von Hallstein ein Wechsel gewünscht wurde. Mit Jean Rey als Präsident wurde die französische Seite wesentlich umgänglicher, obwohl Rey es gegenüber den französischen Vertretern auch nicht leicht hatte, wenn sie im Ministerrat immer wieder Obstruktion betrieben. Ich habe erlebt, mit welcher Härte er dem französischen Minister für Forschung usw. wegen der Forschungszentren von EURATOM entgegengetreten ist. Frankreich kam der Kommission Rey in vielen Dingen mehr entgegen. Die Vorziehung der letzten Zolllenkung und alle Versuche, etwa die Übergangszeit zu verlängern, die die Kommission abgelehnt hat, das sind politische Erfolge gewesen, die gegen französischen Widerstand errungen worden sind. Hier ist die Kommission in gewisser Weise für die Verzichte auf die Einstimmigkeitsregel vorher entschädigt worden.

Gehler:

Das heißt: Sie würden das Ergebnis des Luxemburger Kompromisses nicht in einer Niederlage der Kommission sehen, sondern mit dem Präsidentenwechsel Hallstein-Rey wurde es geschmeidiger und konnte man wieder auf vielen Feldern punkten?

Hellwig:

Ja. Es hatte Konsequenzen in der Agrarpolitik, da die bis dahin ausgeklammerte Kompetenz der Kommission auf dem Gebiet der Währungspolitik wesentlich stärker wurde. Die Festsetzung einheitlicher Agrarpreise mit der Währungskrise in Frankreich zeigte den Weg auf, daß die eigentliche Hüterin der Verträge, die Kommission, auf dem Gebiete der Währungspolitik doch die Initiative ergreifen konnte und mußte. Das System der Agrarpreise und der einheitlichen Preise für den gesamten Markt war ohne eine Bereinigung der Währungsfragen brüchig. Das hat die Kompetenz der Kommission gestärkt und zwar für Initiativen auf dem Gebiete der Währungspolitik und der Herbeiführung einer europäischen Währungspolitik mit Währungsunion Ende 1969. Damals wurden die Grundsatzbeschlüsse unter aktiver Mitwirkung von Raymond Barre, dem späteren französischen Ministerpräsidenten, gefaßt.

Gehler:

Der Eindruck, wonach der Luxemburger Kompromiß eine Schwächung der Kommission bedeutet haben würde, stimmt also nicht.

Hellwig:

Das ist die Momentaufnahme. Das war ein Pyrrhus-Sieg der französischen Seite.

Gehler:

Sie haben den Wechsel von Hallstein auf Rey angesprochen. Hallstein wollte ja ursprünglich länger Präsident bleiben. Es kam zu seinem Rückzug. Wie würden Sie diesen Übergang Hallstein-Rey aus Ihrer Erfahrung schildern?

Hellwig:

Man muß rückblickend die objektive historische Situation sehen. Hallsteins häufige Abwesenheit, gesundheitlich bedingt, in den Wintern 1965 und 1966, stieß zunehmend auf Kritik, auch wenn die Kommission seine Abwesenheit hervorragend nach außen abgeschirmt hat. Die kollegiale Solidarität täuschte die Außenwelt darüber hinweg, dass Hallstein die Zügel nicht mehr so fest in der Hand hatte, wie man es sich dachte. Eine Verlängerung seiner schon acht Jahre dauernden Amtszeit bzw. eine Erneuerung seines Mandats hätte meines Erachtens, rein gesundheitlich gesehen, nicht mehr verantwortet werden können.

Gehler:

Sie haben im April 1966 die Forderung nach der Schaffung eines europäischen Kartellamtes aufgestellt und in die Öffentlichkeit gebracht. Darf ich Sie fragen, was verbargen sich für Motive dahinter? Können Sie etwas zum Hintergrund dieses Vorschlages sagen?

Hellwig:

Durch die zunehmende Befassung der Kommission mit Verwaltungsaufgaben drohte sie daran zu ersticken. Ich habe das Beispiel Verwaltungsausschüsse ja schon genannt. Und schon beim Anfang der Handhabung der Wettbewerbsregeln zeigte sich, daß hier Probleme auftraten, indem viele Entscheidungen in die Arbeitsgruppen verlegt wurden, zum Teil die Arbeitsgruppen gar nicht mehr kollegial mit mehreren Mitgliedern der Kommission arbeiteten, sondern nur noch mit den leitenden Beamten und einem Kommissionsmitglied als Vorsitzenden. Mir ging es darum, das Kollegialprinzip aufrechtzuerhalten. Wenn das Kollegialprinzip aber wegen Verstopfung des gesamten Arbeitsganges in der Kommission nicht mehr zur Anwendung kommen konnte, dann sollte es in den Arbeitsgruppen zur Anwendung kommen. Aber die Arbeitsgruppen waren ja immer nur mit maximal drei oder vier Kommissionsmitgliedern besetzt, wenn sie überhaupt alle kamen. Daher rührten meine Überlegungen hinsichtlich der Auslagerung der Entscheidung und der Anwendung der Regeln in eine kollegial arbeitende Behörde, also eine Art von Europäischem Kartellamt, etwa so

wie wir im deutschen Wettbewerbsrecht die Handhabung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen aus dem Wirtschaftsministerium ausgegliedert und dem Bundeskartellamt übertragen haben. Ich habe wiederholt diesen Vorschlag auch wegen der Zusammenlegung der Wettbewerbsregeln der Verträge gemacht. Damals hatte man andere Sorgen, aber inzwischen ist man ja soweit. Wir hatten schon 1962/63 eine europäische Rechtstagung in Kiel. Otto Riese hat über Fragen des Rechtsschutzes und der Verbesserung des Rechtsschutzes referiert. Ich habe damals schon in der Diskussion gesagt, man wird nicht darum herumkommen: der Arbeitsstoff für den Gerichtshof wird derartig anschwellen, daß er zumindest auf gewissen Gebieten seine Kompetenzen ausgliedern muß. Ich erinnere mich noch an eine Kontroverse. Ein Rechtsanwalt war bei dieser Tagung, der gerade für Mannesmann den Prozeß gegen die Beiträge von Mannesmann zur Schrottausgleichskasse für sogenannten Konzernschrott verloren hatte. Er war da aufgetreten: „Mangelnder Rechtsschutz beim Europäischen Gericht!“ Da habe ich geantwortet: „Also wenn man schon einmal einen Prozeß beim Europäischen Gericht verliert, sollte man nicht gleich schreien: ‚mangelnder Rechtsschutz‘. Aber es ist richtig: es muß noch eine zweite Instanz entwickelt werden.“

Gehler:

1969 war ein historisches Jahr: der Haager Gipfel – der Durchbruch gelang. Es ist der entscheidende Schritt für die Erweiterung getan worden. Was war Ihrer Ansicht nach ausschlaggebend dafür, daß man dort das erreichte, was vorher wiederholt blockiert worden ist? 1963 und 1967 hat de Gaulle abgelehnt, mit den Briten zu verhandeln bzw. weiter zu verhandeln. Was war Ihrer Ansicht nach entscheidend für diesen Durchbruch?

Hellwig:

Zunächst war es die Schwächung der gaullistischen Allmacht. Die Erfahrungen de Gaulles in den Jahren 1967/68, daß es in Frankreich praktisch zum Umsturz hätte kommen können, gingen ja unter die Haut. Auf der anderen Seite lautete die Frage: Wie soll es nach dem Ende der Übergangszeit weitergehen? Das Ende der Übergangszeit bedeutete, insbesondere der Gemeinschaft weitere Kompetenzen zu geben. Die Engländer und andere

Drittländer waren schon in der Forschungspolitik beteiligt, in irgendeiner Weise mußte man nun doch zu einer Entscheidung kommen. Es kam hinzu, daß auch die EFTA nicht weiter kam. Die innere Struktur der EFTA war ja mit dem Geburtsfehler behaftet, daß die Landwirtschaftspolitik ausgeklammert war. Und wie sollte das weitergehen? Die Frage hatte ja alle Länder beschäftigt. Ich hatte übrigens 1967, nachdem ich als Vize nach Brüssel gegangen war, den Vorsitz der internen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Beitrittsverhandlungen inne. Ich legte Wert darauf, weil ich mich schon mit den Engländern in der Atomforschung und in der allgemeinen Forschungspolitik, aber auch im Kohle- und Stahlbereich im Assoziationsrat eigentlich gut verstanden hatte. So hatte man mir den Vorsitz zur Vorbereitung der Verhandlungen übertragen. Der berühmte Bericht über die etwaigen Beitrittsverhandlungen mit England, Norwegen, Dänemark und Irland hat Frankreich unter dem Einfluß der Gaullisten veranlaßt, eine Beschlußfassung über die Eröffnung von Verhandlungen abzulehnen, aber die deutsche Formulierung von Willy Brandt und Karl Schiller hat sich im Ministerrat durchgesetzt: Dieser Punkt bleibt auf der Tagesordnung des Ministerrats. Ich erinnere an den EVG-Beschluß vom 30. August 1954. Das sollte sich nicht wiederholen. Daher die Formulierung: Der Punkt bleibt auf der Tagesordnung.

Gehler:

Nun waren ja bei den Zoll- und Handelsverträgen von 1972 mit den EFTA-Staaten die Agrarfragen auch wieder ausgeklammert. Es ging ja nur um industriell gewerbliche Güter, für die Freihandelsabkommen auf bilateraler Ebene arrangiert wurden.

Hellwig:

Es war einfach zu früh. Sie brauchen ja nur zu sehen, wie die Entwicklung nachher war. Der Agrarsektor ist später nicht mehr ausgeklammert worden.

Gehler:

Weil Sie Brandt angesprochen haben, wie würden Sie Brandts integrationspolitische Haltung im Vergleich zu der von Erhard oder Kiesinger in den 60er Jahren beurteilen?

Hellwig:

Man kann Brandt und Schiller ruhig zusammen nennen. Schiller war Hamburger Nationalökonom. Die Hamburger Eliten waren von vorneherein für Englands liberale Ordnung eingestellt. Brandts Interessen lagen weit stärker darin, daß dieses wirtschaftlich geeinte und damit politisch stärker gewordene Europa auch gegenüber den Entwicklungsländern usw. international eine stärkere Rolle spielen sollte, eine Auffassung, die er später als Vorsitzender der entsprechenden Gremien entwickelt hat. Das war seine Konzeption. Er hat über die Gemeinschaft hinaus – ich möchte beinahe sagen – ganz global gedacht. Der Ausdruck greift vielleicht zu weit, aber er hat weit über die Gemeinschaft hinaus gedacht und die wirtschaftliche Stärkung der Gemeinschaft durch Vollendung der EWG betrieben. Sein Spiritus Rector war Schiller.

Gehler:

Sie waren unter der Kommissionspräsidentschaft von Jean Rey Vizekommissionspräsident. Wie würden Sie Jean Rey charakterisieren? Welche Rolle hat er für den Integrationsprozeß gespielt?

Hellwig:

Er war erstens ein belgischer Liberaler. Mit anderen Worten: die Belgier sind schon liberal, was Welthandel angeht, und Rey war noch liberaler. Zweitens war er ein Mann von hervorragender menschlicher und psychologischer Geschicklichkeit. Drittens war er ein Mann von einer geradezu einmaligen menschlichen Großzügigkeit. Was die wenigsten wissen, man aber für das Verständnis von Jean Rey wissen muß: Rey war als belgischer Offizier in deutscher Kriegsgefangenschaft. Seine Frau war evakuiert, in Belgien, ein Elternteil ist während der Evakuierung nach Frankreich bei einem Bombenangriff umgekommen. Ein weiterer Familienangehöriger war in der Résistance in Belgien getötet worden. Er hatte also im engsten

Kreise seiner Familie während des Krieges und unter dem Terror der Besatzungsmacht zu leiden. Er hat daraus sich nie irgendwie etwas anmerken lassen und war von einer menschlich ungewöhnlichen Generosität. Nun muß man seinen Hintergrund kennen: die Familie Rey war calvinistisch, reformiert, kam aus Genf, war von Genf nach Lüttich gekommen. Rey hat im katholischen Lüttich für die reformierte Kirchengemeinde regelmäßig die Orgel gespielt. Man muß schon hinter dem trockenen Stoff und der technischen Materie auch immer die Menschen sehen.

Gehler:

Weil Sie die Kommission der sechziger Jahre erwähnen: Wie war das Klima unter den Kommissionsmitgliedern? Würden Sie sagen, das waren alles überzeugte Europäer?

Hellwig:

Ja, ja, bestimmt! Der nationale Hintergrund oder das nationale Interesse wurde in einem anderen Koordinatensystem gesehen.

Gehler:

Es ist ja die Kritik im Raum, die heutige Kommission sei noch viel zu sehr von nationalen Interessen beherrscht. Eine andere These lautet: Die früheren Kommissionen unter Hallstein, Rey, etc. seien viel europäischer gewesen.

Hellwig:

Ja, das stimmt.

Gehler:

Woran liegt das? Eigentlich müßte es doch umgekehrt sein, daß die Kommission aufgrund ihrer gewachsenen, historischen Rolle immer europäischer wird.

Hellwig:

Sie müssen die Erhöhung der Mitgliederzahl sehen, was den persönlichen Umgang erschwerte. Als Albert Coppé und ich von der Hohen Behörde nach Brüssel kamen, da haben wir uns das erst einmal angeschaut, den Stil

der Kollegen untereinander und ihre Rivalitäten wegen der Kompetenzen. Coppé und ich haben einmal ganz deutlich gesagt: „Meine verehrten Kollegen, wir haben von der kollegialen Zusammenarbeit eine etwas andere Vorstellung mitgebracht, wir haben uns in der Hohen Behörde wie eine große Familie gefühlt. Wir haben uns zwar auch manchmal ganz böse gestritten, aber wir waren doch eine große Familie. Wir haben gedacht, wir haben eine gemeinsame Aufgabe.“ Diese Art von Kollegialität ist in den siebziger Jahren etwas vernachlässigt worden. Indem die Benennung des jeweiligen Mitgliedes zum Gegenstand eines politischen Handels in den Mitgliedsländern wurde, ist eine Reihe von Herren als Mitglieder benannt worden, die nichts anderes mitbrachten als das Parteibuch und den Anspruch, daß ihre Partei sie zu versorgen hätte. Das führte zu einem häufigen Wechsel, abgesehen davon, daß auch ausgesprochen schwache Figuren nach Brüssel kamen, aber auch einige Herren, die sich nicht an die Grundregeln hielten, wonach sie keine Weisungen ihrer Regierungen entgegennehmen oder sie befragen durften. Es soll zeitweise Mitglieder in der Kommission gegeben haben, die während der Kommissionsberatung ans Telefon gingen und zu Hause anfragten, wie sie regieren sollten. Und von den Präsidenten hatte nicht jeder die Statur wie Roy Jenkins, der die Initiative für das Zusammenwirken von Valéry Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt zum Europäischen Währungssystem ergriffen hat. Es bedarf schon einer erheblichen persönlichen Stärke und Unabhängigkeit gegenüber den heimischen Regierungen und Parteien und einer gewissen Kontinuität in der Amtsführung.

Gehler:

Ihre jetzige Aussage verleitet zu der Ansicht, daß es starke Führungspersönlichkeiten braucht, um Institutionen entsprechend zu festigen, ihre Aufgaben zu erfüllen und ihre Kompetenzen zu sichern. Welche Zukunft sehen Sie für die Europäische Union und aus welchen Ländern werden die gestaltenden und prägenden europäischen Führungspersönlichkeiten erwachsen?

Hellwig:

Das ist eine Frage, die ich nicht beantworten kann. Aber: Sie dürfen von den gestaltenden und führenden Kräften in der europäischen Integration, ob groß oder klein, ob 15 Mitglieder oder 25 Mitglieder, nicht mehr erwarten, als die Mitgliedsländer in ihren herrschenden, politischen Klassen an Talenten, Einsichten und Kräften mitbringen und bereit sind, auf die europäische Kampfbahn zu schicken.

Gehler:

Das ist klar. Ein letzter Fragenkomplex: Jean Monnet soll einmal gesagt haben, wenn er noch einmal anfangen müßte, würde er mit dem Bau Europas konfrontiert sein, dann würde er mit der Kultur anfangen, und nicht mit Kohle und Stahl. Wie sehen Sie diese Problematik?

Hellwig:

Das hört sich wunderbar an! Sie haben so viele europäische Festivals heute. Es gibt keinen Streit, daß es dafür vielleicht eine europäische Organisation oder eine europäische Konzertagentur geben könnte.

Gehler:

Aber Sie meinen der pragmatische, realpolitische Zugriff war 1950-1952 einfach das Naheliegende?

Hellwig:

Was haben denn unsere Regierungen, wenn sie zu einer politischen Einigung kommen wollen und die politische Kompetenz mitbringen, zu machen, wenn das Arbeitsfeld die Kultur ist? Da müssen sie erst einmal eine Rechtsvereinheitlichung herbeiführen hinsichtlich der Kompetenzen eines Kultusministers. Aber da die Kultur nun wirklich die völlige Freizügigkeit und freie Gestaltung kennt, ja die Freiheit vom Staat betreibt: Wie wollen Sie da eine politische Einigung herbeiführen auf einem Felde, welches vom Grundsatz her völlig frei vom Staate sein will?

Gehler:

Das ist eine treffende Antwort bzw. eine rhetorische Frage. Es kann also keine Hohe Behörde für Kultur geben?

Hellwig:

Na ja, vielleicht eine Stelle, die Stipendien verteilen und Beiträge kassieren kann.

Gehler:

Das schon, aber sie kann nicht Eingriffsrechte für die Kulturpolitik haben.

Hellwig:

Sie brauchen ja nur die Bestimmungen im EURATOM-Vertrag betrachten, um eine europäische Einrichtung von Universitätsrang zu schaffen und sehen, wie lange es gedauert hat, bis ein rudimentärer Ansatz einer europäischen Universität mit dem Hochschulinstitut in Florenz verwirklicht werden konnte. Ich habe immer wieder zur Forderung einer europäischen Universität gesagt, daß wir damit die Konkurrenz aller nationalen Universitäten haben. Das werden wir nie schaffen. Wir müssen aber die Europäisierung der bestehenden Universitäten betreiben.

Gehler:

Das ist ein Schlußwort. Herr Professor Hellwig, Sie haben drei Stunden Rede und Antwort gestanden. Ich möchte mich dafür herzlich bedanken.

Europäische Integration aus historischer Erfahrung

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opatów) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Büniger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung
- C 128 (2003) Dimitris K. Xenakis and Dimitris N. Chrysochoou
The 2003 Hellenic Presidency of the European Union. Mediterranean Perspectives on the ESDP
- C 129 (2004) Fritz Hellwig
Europäische Integration aus historischer Erfahrung

- C 130 (2004) Thorsten Fass / Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Difference Between Real And Potential Power: Voting Power, Attendance and Cohesion
- C 131 (2004) Andreas Jacobs (ed.)
Euro-Mediterranean cooperation: enlarging and widening the perspective

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.